

— Siebzehnter Jahrgang. —

Nr. 47.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 13. bis 19. November 1908.

Posen, den 24. November 1908.

B e r i c h t**über den Verlauf einer am 15. November 1908 im Wittowski'schen Saale zu Argenau abgehaltenen polnischen sozialen Versammlung.**

Posen, den 17. November 1908.

Zu dieser von dem Wachszieher **Valentin Rogan** Argenau einberufenen Versammlung hatten sich gegen 1000 Personen, darunter ungefähr 200 Frauen, aus Argenau und Umgegend eingefunden.

Es waren u. a. erschienen: **Defan Haupt**-Argenau, **Propst Paluchowski-Schadlowitz**, **Geistlicher Gawlowicz-Gr.-Morin**, **Geistlicher Urbanowicz-Plonkowo**, **Rechtsanwalt von Swinarski-Hohenfalza**, **Redakteur Sobichowski** von der *Gazeta Grudziöndzka-Graudenz*, **Redakteur Teska** vom *Dziennik Bydgoski-Bromberg*, **Redakteur Pojzwiniski** vom *Dziennik Kujawski-Hohenfalza*, **Kentier Anton Szypers-Argenau**, **Gutsbesitzer von Morawski-Kaczkowo**, **Gutsbesitzer Razmierczak-Plonkowo**, **Gutsbesitzer Chrzostowski-Argenau**, **Kaufmann Cichowlas-Osniczewko**, sowie die **Besitzer Mleczarek-Brundnia** und **Grzeszefowiak**, **Przygodzynski** und **Szczepan-Argenau**.

Nach Eröffnung der Versammlung um 2¹⁰ Uhr nachmittags durch den Wachszieher **Valentin Rogan** Argenau hielt der zum Leiter der Versammlung gewählte Rechtsanwalt **von Swinarski-Hohenfalza** folgende Ansprache: Er danke für die Wahl und bitte um Unterstützung, damit die Versammlung einen ruhigen Verlauf nehme. Zweck der Versammlung sei: Anspornung zur Arbeit und Sparsamkeit, sowie Angabe von Mitteln und Wegen zur Linderung der Armut und des Elends unter dem Volk. Zunächst werde **Redakteur Pojzwiniski-Hohenfalza** über die „Arbeiterfrage“, dann **Redakteur Teska-Bromberg** über die Forderung „Jeder zu dem Seinen“ und schließlich **Defan Haupt-Argenau** über „Schulverhältnisse“ sprechen.

Zu Beisitzern wurden berufen: **Kentier Szypers** und **Schuhmacher Milewski-Argenau**, sowie **Propst Paluchowski-Schadlowitz** und **Geistlicher Gawlowicz-Gr.-Morin**.

Hierauf erhielt der **Redakteur Pojzwiniski-Hohenfalza** zu seinem Vortrag über die „Arbeiterfrage“ das Wort.

Er wies zunächst auf das Grubenunglück in Westfalen hin, wo von den 360 ums Leben gekommenen Bergleuten ein Viertel Polen aus dem Posenischen und Westpreußen gewesen sein sollen, die des besseren Verdienstes wegen nach dem Westen gegangen seien, und nun elend umgekommen wären. Er — Redner

— wolle sich nun von den Toten zu den Lebenden wenden und die Frage aufstellen, ob in der polnischen Volksgesamtheit eine Arbeiterfrage existiert und man darüber sprechen dürfe. Gewiß gebe es in der polnischen Volksgesamtheit eine Arbeiterfrage.

Sehr wichtig sei z. B. die Landarbeiterfrage und die Arbeiter- und Handwerkerfrage in der Stadt. Vor allen Dingen müßten aber die Arbeiter aus eigener Kraft die Volksgesamtheit zwingen, die Arbeiterfrage zu verstehen. Es unterliege keinem Zweifel, daß der Arbeiter alle bürgerlichen, also alle sozialen, politischen und kulturellen Rechte haben müsse, andererseits müsse er aber auch alle Pflichten auf sich nehmen. Die Arbeiter müßten alle Rechte haben, weil sie den größten Teil der polnischen, wie überhaupt jeder Gesamtheit bildeten; und weil sie sich so zahlreich vermehrten, bildeten sie die physische Grundlage jeder Volksgesamtheit. Der Ausspruch des Fürsten Bülow, daß sich die Polen wie Kaninchen vermehrten, beweiße, daß gerade in der polnischen Volksgesamtheit eine große physische Kraft ruhe, die man noch vervollkommen müsse. Obwohl nun die Zahl der Polen stetig zunehme, trete Mangel an Arbeitskräften ein, weil viele polnische Arbeiter zum Schaden der polnischen Volksgesamtheit nach dem Westen gingen. Dadurch erwache den Polen ein doppelter Schaden, erstens hätten sie unter dem Mangel an Arbeitskräften zu leiden, und zweitens müßten sie die mit billigen polnischen Arbeitskräften hergestellte deutsche Ware hier teuer bezahlen. Darauf hinweisend, daß in allen Volksgesamtheiten der Arbeiterfrage zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet werde, führte Redner weiter aus: Mit der Zeit habe sich die Gesamtheit und dann der Staat mit dieser Frage befaßt. Und wir im preussischen Teilgebiet können nur sagen, daß das deutsche Reich in Beziehung auf die Wohlfahrtseinrichtungen beinahe am weitesten von allen Staaten gegangen ist. — Das sei wohl alles sehr viel — fuhr Redner fort —, aber immer noch nicht genug. Der Arbeiter müsse sich als gleichberechtigter Bürger fühlen und als solcher mit allen anderen Bürgern über das Schicksal der Volksgesamtheit entscheiden. Von diesen Hunderttausenden von Arbeitern hänge die wirtschaftliche und moralische Existenz der Volksgesamtheit ab. Es wäre z. B. ein Unglück für die Volksgesamtheit, wenn ein allgemeiner Streik ausbräche. Auf die Bestrebungen der Sozialdemokraten hinweisend, betonte Redner das Recht der Arbeiter auf Beschäftigung und die Notwendigkeit, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarife zu regeln. Um die moralische Hebung des Arbeiterstandes habe sich in erster Linie die Geistlichkeit große Verdienste erworben, um die materielle

Hebung des Arbeiterstandes die sozialen Organisationen. Aus den von den Geistlichen geleiteten Organisationen sei der polnische Berufsverband entstanden, dessen Einfluß immer größer werde. Wenn nun die breiten Arbeitermassen aufgefordert werden, den polnischen Berufsverbänden beizutreten, müssen andererseits die Berufsverbände die Interessen der Arbeiter nach jeder Richtung hin vertreten. Zum Schluß seiner Ausführungen wies Redner auf die Notwendigkeit der Organisierung der Arbeiter und der Wahl eines Arbeiters zum Abgeordneten hin.

Der **Vorsitzende** dankte dem Redner für seine Ausführungen und bemerkte, daß von den polnischen Arbeitgebern und dem Zentralverein der Landwirte eine **Kommission** gewählt worden sei, die in Sachen der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse usw. mit den Zentralberufsverbänden in Verbindung treten solle.

Alsdann erhielt **Dekan Janpa** = Argenau das Wort, der seine Rede von einem Manuskript ablas. Er führte in der 1¼ Stunden währenden Rede aus: Seiner Pfarodie gehörten zwei paritätische Schulen in Argenau und Suchatowko an. Die Schule in Argenau, an der 5 evangelische und 7 katholische Lehrkräfte wirkten, werde von 674 Kindern besucht, wovon 468 katholisch, 200 evangelisch und 6 jüdisch wären. Bei der Übernahme der Pfarodie durch den Redner am 1. April 1901 sei in den Klassen 1—4 der Religionsunterricht in deutscher, in der 5. und 6. Klasse in polnischer Sprache erteilt worden. Aber schon nach Ostern 1904 wurde in der 5. Klasse der Religionsunterricht zum Teil in polnischer und zum Teil in deutscher Sprache erteilt. Etwas später sei aus 16 polnischen Kindern der 5. und 6. Klasse eine besondere Religionsklasse mit deutscher Unterrichtssprache gebildet. Dagegen hätten die in Frage kommenden Familienväter unter dem 14. Oktober 1904 beim Schulrat Winter in Hohenfalsa Protest eingelegt. Worauf Schulrat Winter unter dem 24. Dezember 1904 zu Händen des Herrn Chrzostowski geantwortet habe, daß die betreffenden Kinder dem deutschen Religionsunterricht mit Verständnis folgen könnten. In der ersten Hälfte des Jahres 1905 sei schon allen Kindern der 5. und 6. Klasse der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt worden. Dagegen hätten die Väter ebenfalls Protest erhoben. Sehr gelegen sei ihnen das Rundschreiben des verstorbenen Erzbischofs von Stablewski vom 16. Oktober 1905 gekommen, worin er auf die nachteiligen Folgen des Religionsunterrichts in deutscher Sprache hingewiesen habe. Unter Berufung auf dieses Rundschreiben hätten die Väter am 25. Mai 1906 bei der Regierung in Bromberg Protest eingelegt gegen die Erteilung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache, aber auch gleichzeitig ein Bittschreiben an den Erzbischof abgesandt. Weil der Erzbischof sehr krank gewesen sei und Hunderte von derartigen Bittschriften bei ihm eingegangen waren, habe er auf diese Eingabe nicht geantwortet. Er habe aber mit seinem Rundschreiben vom 8. Oktober 1906 eine allgemeine Antwort erteilt, worin er geschrieben habe, es schmerze ihn sehr, daß der Religionsunterricht in ungenügender Weise erteilt und die Muttersprache aus ihm verdrängt werde. Er stehe auf dem Standpunkte, daß nur der in der Muttersprache erteilte Religionsunterricht Einfluß auf die Herzen der Kinder gewinnen könne. Weil von der Regierung in Bromberg auf den Protest der Väter keine Antwort eingegangen sei, habe der Tischlermeister Runowicz im Namen der 70 in Betracht kommenden Väter unter dem 15. 10. 06 einen entsprechenden Antrag an den Kultusminister geschickt, in dem ausgesprochen worden sei, es bestעה die Befürchtung, daß sämtliche Väter

ihren Kindern verbieten würden, am deutschen Religionsunterricht teilzunehmen und ein allgemeiner Schulstreik ausbrechen könnte. Auf diese Eingabe sei ebenfalls keine Antwort erfolgt. Eine Änderung sei bisher nicht eingetreten; in allen Klassen werde der Religionsunterricht nach wie vor in deutscher Sprache erteilt. Ein polnisches Kind, das in seinem ganzen Leben kein deutsches Wort gehört habe, müsse, wenn es mit dem 6. Lebensjahre in die Schule komme, papageiartig den Religionsunterricht in deutscher Sprache lernen.

Die aus zwei Klassen und vier Abteilungen bestehende paritätische Schule in Suchatowko werde von 47 katholischen und 51 evangelischen Kindern besucht. Von den beiden Lehrern sei einer katholisch und einer evangelisch. In dieser Schule sei zunächst in allen 4 Abteilungen der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt worden. Aber schon in der ersten Hälfte des Jahres 1906 wäre den Kindern der ersten und zweiten Abteilung der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt worden. Dagegen hätten die Väter unter dem 6. 6. 06 bei der Regierung in Bromberg Protest eingelegt und auch gleichzeitig ein Bittschreiben an den Erzbischof abgeschickt. In Vertretung des Erzbischofs habe am 3. 7. 06 der Bischof Sikowski geantwortet, er bedaure sehr diese Zustände beim Religionsunterricht und empfehle den Eltern, ihren Kindern beim Religionsunterricht behilflich zu sein. Die Regierung in Bromberg habe nicht geantwortet. Heute würde allen Kindern der 1. und 2. Abteilung dieser Schule der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt, während den Kindern der 3. und 4. Abteilung der Religionsunterricht noch in polnischer Sprache erteilt würde. Von solchem Religionsunterricht könnten die Kinder keinen Nutzen haben. Fast jeder Tag bringe dem Redner Beweise, daß die Kinder immer schlechter würden. Die größte Schuld daran habe die Schule, wo die Kinder den wichtigsten Unterrichtszweig, die Religion, wie Papageien lernten. Wenn die Kinder zum Vorbereitungsunterricht kämen, dann brächten sie keine Religionskenntnisse mit, und sie müßten daher in der Religion von den Anfangsgründen anunterrichtet werden. Von den einfachsten Sachen hätten die Kinder keine Ahnung. Was sie für Mühe und Arbeit kosteten, wüßten die Geistlichen am besten. „Angesichts dieser Versammlung und angesichts dieser ganzen zivilisierten Welt — führte Redner wörtlich aus — protestiere ich, nicht um Nebenzwecke zu verfolgen, sondern aus Überzeugung, gegen den unsern polnischen Kindern in deutscher Sprache erteilten Religionsunterricht. (Bravorufe!) Angesichts der ganzen zivilisierten Welt beklage ich das papageiartige Lernen der Religion, das preußische Schulsystem und die Anordnung, daß den polnischen Kindern der Religionsunterricht in einer fremden, unverständlichen Sprache erteilt werden soll! (Bravorufe!) Wie denkt Ihr Anwesenden darüber? Haltet Ihr die Sache für gut und berechtigt? (Mein-Rufe!) — Werdet Ihr hier in der Versammlung nicht noch einmal protestieren gegen den Religionsunterricht in deutscher Sprache? (Ja-Rufe!) Werdet Ihr eure Klagen nicht angesichts der ganzen Welt erheben? (Ja-Rufe!) Weil alle an die weltlichen Behörden gerichteten Bitten um Einführung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache ohne Erfolg und ohne Antwort geblieben sind, haben sich die Väter der hiesigen Pfarodie selbst verteidigt, indem sie ihren Kindern verboten haben, beim deutschen

Religionsunterricht zu antworten. Am 15. 10. 06 ist in den Schulen zu Argenau und Suchatowko ein allgemeiner Schulfreik ausgebrochen. Ich will nur einige Sachen aus dem Schulfreik anführen und mich auf Tatsachen, sowie auf die mit den Kindern aufgenommenen Verhandlungen stützen."

Aus den weiteren Ausführungen des Redners war zu entnehmen:

In Suchatowko sind die Kinder ziemlich milde behandelt worden, weshalb dort die Entrüstung auch nicht so groß war. Anders aber in Argenau. Wenn in den ersten 6 Wochen die Behandlung der Kinder maßvoll war, wurde nachher die Taktik geändert. Am 28. 11. 06 ist eine besondere Land- oder Strafschule mit vier Abteilungen für Knaben und Mädchen getrennt eröffnet worden, der die streikenden Schulkinder aus den Klassen 1—4 zugeteilt wurden. Die Knaben unterrichtete der Lehrer Schellenberg und die Mädchen der Lehrer Hildebrandt. Die Kinder aus der ersten und zweiten Klasse fühlten sich in dieser Schule degradiert. Sie waren dem Spott ihrer früheren Schulgefährten ausgesetzt und wurden von diesen „Dorfbuben“ genannt. Die Pausen waren für sie auch anders gelegt, als für die anderen Kinder; sie mußten in Reihen zu Dreien gehen und durften weder sprechen, noch aus dem Gliede treten. Wer austreten wollte, mußte den beaufsichtigenden Lehrer besonders um Erlaubnis bitten. Der Unterricht begann um 1/2 8 Uhr morgens und dauerte bis 1/2 1 Uhr nachmittags. Darunter befanden sich aber nicht nur Kinder aus der Stadt, sondern auch solche vom Lande, die 4—6 km zu gehen hatten, wie aus Lipie und Chrzostowo (Gichthal), die schon um 1/2 7 bzw. um 6 Uhr von Hause weggehen mußten, um rechtzeitig in der Schule zu sein. Von 1/2 1 bis 2 Uhr hatten die Kinder frei. Die städtischen Kinder konnten nun zum Mittagessen gehen, während die ländlichen Kinder ohne warmes Essen bleiben mußten. Montags, Donnerstags und Freitags mußten die Kinder von 2 bis 4 Uhr nachbleiben. Im Winter ist es um diese Zeit schon dunkel, und im Schnee und Eis mußten die Kinder in der Dunkelheit nach Hause gehen. Die Kinder von Lipie husen sind erst abends um 1/2 7 Uhr nach Hause gekommen. Im November 1906 sind einige Kinder, Golembiewski und Gawronski aus Lipie von einem Mann angefallen und geschlagen worden. Der Wirt Appolinarius Szulatkowski aus Lipie husen, dessen Kinder nachts von Hause weggehen mußten und erst nachts wieder nach Hause kamen, hat den Rektor schriftlich gebeten, seine Kinder Lorenz und Valeria so zeitig aus der Schule zu entlassen, daß sie noch am Tage nach Hause kommen könnten, da er ihn sonst für Unglücksfälle, die ihnen zustoßen könnten, verantwortlich machen würde. Darauf hat der Rektor Seydlitz geantwortet, daß Antragsteller selbst für event. Unglücksfälle verantwortlich sei, und die Kinder früher aus der Schule entlassen werden würden, sobald sie aufhörten, ungehorsam zu sein. Auf diesen Bescheid hin haben sich Szulatkowski und Anton Lewandowski an die Regierung in Bromberg gewendet, was aber auch keinen Erfolg gehabt hat. Im allgemeinen hatten alle an die Schulbehörden seitens der Eltern gerichteten Beschwerden und Vorstellungen keinen Erfolg. Ein neuer Beweis hierfür ist folgender: St. Grzeszkowia hat unter dem 26. September 1906 beim Oberpräsidenten darüber Beschwerde geführt, daß sein Sohn Marian vom Lehrer Mittelstadt übermäßig geprügelt wurde, und er bitte, daß sein Sohn als menschliches Wesen behandelt werde. Infolge dieser Beschwerde ist am 3. Oktober 1906 der Kreisschulinspektor Winter aus Hohenfalsa nach Argenau gekommen und hat den Marian Grzeszkowia, sowie 30 andere Schüler vernommen. Dann hat Grzeszkowia am 20. Oktober 1906 von der Regierung in Bromberg den Bescheid bekommen, daß

die Züchtigung seines Sohnes das erlaubte Maß nicht überschritten habe. Am 26. September 1906 hat sich Grzeszkowia auch an den Erzbischof gewendet und ihn gebeten: „Rette uns und erlaube es nicht, daß unsere Kinder in so barbarischer Weise gepeinigt werden.“ Am 4. Mai ist der 12jährige Stanislaus Nawrocki weinend nach Hause gekommen und hat geklagt, daß ihn der Lehrer Schellenberg geschlagen habe. Der deutsche Arzt hat ihn untersucht und ein Attest ausgestellt. Mit diesem Attest haben sich die Eltern am 23. Mai 1907 an den Kultusminister gewendet. Auf diese Beschwerde hat die Regierung in Bromberg am 28. Juni 1907 geantwortet, daß kein Anlaß vorliege, gegen den Lehrer Schellenberg im Disziplinarwege vorzugehen.

Unsere Kinder — fuhr Redner fort — haben während des Schulfreies für den hl. Glauben und für die Muttersprache gekämpft, und gerade für diese heiligsten Sachen mußten sie sehr viel leiden. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß den Eltern das Herz weh getan hat, wenn die Kinder mit angeschwollenen Händen nach Hause gekommen sind. Die Kinder sind selbst zu mir gekommen, um sich zu beklagen; ich konnte sie alle beim Namen nennen und jede Züchtigung anführen, die sie erhalten haben. Ich tue es aber nicht, weil es zu viel Zeit erfordern würde. Ich erinnere nur an die Arreststrafen und an die schmerzhaften Schläge — 4, 6 und 8 Schläge — auf Schultern und Hände, die die Kinder bekommen haben, wenn sie gelacht oder gesprochen, oder Fehler beim Deutschschreiben gemacht haben. Nach Aussage der Kinder sind sie in der Schule so geschlagen worden, daß der Rohrstock geplatzt und die Stücke nur so umhergeflogen sind. Am 21. Februar 1907 hat ein Kind 6 so schmerzhaft Schläge auf die Hand bekommen, daß es auf polnisch gerufen hat: „O Gott, rette mich!“ Darauf hat der Lehrer geantwortet: „Jetzt rufst Du um Hilfe, aber der liebe Gott hat genug zu tun mit den fleißigen Leuten, und nicht mit den faulen.“ Die Mädchen waren dem Spott ausgesetzt, und sie wurden von den anderen „Esel aus 5a“ genannt. Die Kinder haben ausgesagt, daß der Lehrer die Kinder „psiake“ (Hundeblut) usw. nannte.

Weiter führte Redner aus, daß verschiedene Kinder angeblich mangels der moralischen Reife bis zum 15. Lebensjahre in den Schulen zurückbehalten worden wären. Während des Streiks hätten Schwester für Brüder und Brüder für Schwester büßen müssen. Am 8. 6. 07, an einem Sonnabend, habe ein Lehrer den polnischen Kindern aufgegeben, bis zum 10. 6. 07 aus dem Lesebuch von Ferdinand Hirt für die Oberstufe das Gedicht „Der Schneiderjunge von Knippstedt“ — 69 Strophen auswendig zu lernen. Einem Mädchen sei am 5. 6. 07 aufgegeben worden, aus demselben Lesebuch für die Mittelstufe „Die Einladung“ — 72 Strophen — bis zum 10. 6. 07 auswendig zu lernen. Aber auch die kleinsten polnischen Kinder aus der 6. Klasse, die gar nichts deutsch verstünden, hätten „Der Nutzen der Tiere“ auswendig lernen müssen. Die Eltern wären durch Entziehung der Beschäftigung bestraft worden, die Redakteure der polnischen Blätter hätten Gefängnisstrafen erlitten, so habe z. B. der Redakteur Janowski vom Dziennik Kujawski für einen Artikel in Nr. 244 dieses Blattes vom 24. 10. 06 eine vierwöchige Gefängnisstrafe abbüßen und die Prozeßkosten tragen müssen.

Am meisten hätten die Eltern über den Lehrer Schellenberg geklagt, der nach ihrer Meinung die streikenden Kinder zu streng behandelt hätte. Über ihn seien sie am meisten entrüstet gewesen, und die Eltern hätten befürchtet werden müssen, um Erzeß vorzu-

beugen. Außerdem hätten die Eltern über den evangelischen Lehrer Hilbebrandt geklagt, aber auch mit dem katholischen Lehrer Zielinski wären sie nicht zufrieden gewesen. Im November 1906 hätten die Eltern ihm ein Schreiben geschickt, in dem sie sich darüber beklagten, daß er die polnischen Kinder zwingen, die Religion in deutscher Sprache zu lernen.

Alle Strafen während des Schulstreiks hätten die Kinder gern und mit Freuden ertragen, denn sie seien überzeugt gewesen, daß sie etwas Gutes täten. Man hätte sie sehen müssen, mit welcher Freude sie von dem ersten Arrest gekommen und gleich zur Kirche gegangen seien, um zu beten und ihre Leiden dem Herrn Jesum zu klagen. Aber auch die Eltern hätten gern gelitten. Wenn sie auch über die Züchtigung ihrer Kinder betrübt gewesen wären, so hätten sie ihnen doch nicht vom Streik abgeredet, sondern sie für die hl. Religion und für die Muttersprache leiden lassen. Manche Eltern hätten lieber auf den Verdienst verzichtet, wie als Verräter gelten wollen. Redner führte einen Nawrocki und einen Wegnerowski an, die für das Streiken ihrer Kinder ihrer Beschäftigung an der Eisenbahn verlustig gegangen sind.

An Schulstrafen, Prozeßkosten usw. seien von den Eltern aus Argenau 1700,59 M. bezahlt worden.

Der Schulstreik sei nur eingestellt worden, weil die Eltern der streikenden Kinder mit Geldstrafen belegt worden seien, die sie auf die Dauer zum materiellen Ruin hätten führen müssen. In Argenau hätten 58 und in Suchatowko 7 Kinder bis zum letzten Augenblick gestreikt. (Redner verliest die Namen dieser Kinder.) Vor Beendigung des Streiks — am 3. Juli 1907 bzw. 13. Juni 1907 — hätten aber die Eltern aus Argenau und Suchatowko ein Schreiben an die Regierung in Bromberg und an den Kultusminister geschickt, in dem sie erklärten, daß sie nur der Gewalt wichen, aber nach wie vor auf dem Standpunkt der katholischen Kirche ständen und angesichts der ganzen Welt gegen die Einteilung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache protestierten! (Bravorufe!)

Zum Vorbereitungsunterricht für die Sakramente übergehend, führte der Redner aus, daß ihm die Schuldeputation im Januar 1907 das Schullokal für den Vorbereitungsunterricht entzogen habe. Auf die am 1. Februar 07 bei der Regierung in Bromberg erhobene Beschwerde sei ihm am 23. Februar geantwortet worden, daß der Beschluß der Schuldeputation nicht aufgehoben werden könne, ihm aber empfohlen werde, dahin seinen Einfluß geltend zu machen, daß sich die Kinder beim Religionsunterricht wieder gehorsam zeigten. Der Diözesanverweser Dorzjewski habe von der Bromberger Regierung einen ähnlichen Bescheid erhalten. Weil es aber im Winter für die Kinder in der Kirche zu kalt sei, habe im vorigen Jahre Restaurateur Arndt und in diesem Jahre der Restaurateur Wysocki Räume zum Vorbereitungsunterricht zur Verfügung gestellt. Ein Mieter sei sogar, weil er das als preußischer Beamter angeblich nicht habe mit ansehen können, ausgezogen. Erst unter dem 27. Oktober 1908 habe die Schuldeputation die Schulräume für den Vorbereitungsunterricht wieder zur Verfügung gestellt, dabei aber den Wunsch ausgesprochen, Redner wolle seinen Einfluß dahin geltend machen, daß die Kinder den Lehrern gegenüber gehorsam und beim deutschen Unterricht fleißiger und aufmerksamer sein möchten. Redner sei für den Beschluß der Schuldeputation dankbar, und hoffe aus den Schulräumen nicht mehr vertrieben zu werden.

Trotzdem von den 700 die Argenauer Schule besuchenden Kinder zwei Drittel katholisch seien, wären die Schuldeputationsmitglieder sämtlich evangelisch, worüber große Unzufriedenheit herrsche. 154 Familienväter hätten am 4. Juli 1906 bei der Regierung in Bromberg und am 5. 10. 06 bei dem Oberpräsidenten in Posen den

Antrag gestellt, dafür zu sorgen, daß auch Katholiken dem Schulvorstand angehörten. Auf beide Anträge sei aber keine Antwort erfolgt, weshalb es auch kein Wunder sei, daß die Unzufriedenheit immer größer werde.

Nicht alle Lehrer nähmen an dem Gottesdienst teil, wie es sein solle, aber das Verhalten des Lehrers Schellenberg rufe geradezu Argernis hervor. Er habe betreffs des Lehrers Schellenberg am 26. 6. 08 an die Regierung in Bromberg ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet: „Das 4. Gebot der katholischen Kirche schreibt vor, daß jeder Katholik mindestens einmal bei seinem Parochialgeistlichen beichten muß. Wer das nicht tut, dem kann das kirchliche Begräbniß verweigert, der kann sogar exkommuniziert werden. Ein solcher Katholik exkommuniziert sich freiwillig. Dieses Gebot hat der Lehrer Schellenberg weder im Jahre 1905, noch 1906, noch 1907 und auch im laufenden Jahre nicht befolgt. Trotzdem erteilt er den katholischen Kindern Religionsunterricht. Er soll die Kinder zum Befolgen der Gebote anhalten, während er es selbst nicht tut. Als Seelsorger bitte ich die königliche Regierung ergebenst, dem Lehrer Schellenberg entweder zu verbieten, Religionsunterricht zu erteilen, oder ihn nach einem andern Ort zu versetzen.“

Bis zum heutigen Tage habe ich von der Regierung keine Antwort erhalten. Ob dem Herrn Schultat Waschow in Bromberg das nicht bekannt ist? Ob er als Dezernat für Kirchenangelegenheiten meinen Antrag nicht in der Hand gehabt hat? (Zuruf: Er antwortet nicht gern!) Weshalb sorgt er als Katholik nicht dafür, daß das Argernis beseitigt wird? —

Zum Schluß seiner Ausführungen forderte Redner die Anwesenden auf, das Gehörte zu beherzigen, treu zur katholischen Kirche und zum katholischen Glauben zu halten, zu Hause die Muttersprache zu pflegen, die Kinder zu Hause in der Religion zu unterrichten und sie polnisch schreiben und lesen zu lehren.

Die Ausführungen des Redners ernteten stürmischen Beifall.

Der **Vorsitzende** brachte auf den Redner ein dreifaches Hoch aus und meinte, daß diese Rede einer Diskussion wohl nicht bedürfe, da mit ihrem Inhalt wohl alle einverstanden wären. Als der Vorsitzende darauf einen anwesenden tschechischen Ingenieur aus Prag offiziell begrüßen wollte, wurde ihm mitgeteilt, daß dieser die Versammlung bereits verlassen habe. Der Name dieses Tschechen ließ sich nicht feststellen.

Nun kam der **Redakteur Tetsa** = Bromberg zum Wort, dessen Thema „Jeder zu dem Seinen“ lautete.

Er gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihm zum ersten Mal vergönnt sei, vor Kujawiern zu sprechen, wies des weiteren darauf hin, wie die Juden, die früher von den Polen mit offenen Armen empfangen worden wären, jetzt die Polen nach jeder Richtung hin ausbeuteten, und ging dann über auf die Bestrebungen der Ansiedlungskommission, die es den Ansiedlern zur Pflicht mache, nicht bei Polen zu kaufen. Diese Ausführungen benutzte er zu der Beweisführung, daß die Polen nur beim polnischen Kaufmann und Gewerbetreibenden kaufen dürften. — Vor einem halben Jahre sei er — Redner — in Krakau gewesen und habe in den polnischen Geschäften die Aufschrift gelesen „Preußischen Reisenden ist der Eintritt verboten.“ Das geschehe zur Strafe dafür, daß die Polen im preussischen Teilgebiet so verfolgt würden. Jeder hiesige Pole müßte aber die Aufschrift im Hause haben: „Preussischen Waren ist der Eintritt verboten!“ Jetzt vor Weihnachten erwarte er von den Polen, daß sie an die polnischen Kaufleute und Gewerbetreibenden dächten, denn der Pole könne

nur beim Polen kaufen; er sage aber nicht, gehet nicht zum Juden kaufen, gehet nicht zum Sakatisten kaufen, sondern er sage mir, kauftet nur beim Polen!

Nachdem der **Vorsitzende** auch diesem Redner für seine Ausführungen gedankt hatte, erhielt in der Diskussion **Propst Paluchowski aus Schadowitz** als erster Redner das Wort. Er führte in fast schreiendem Tone aus: Die große Begeisterung der Versammlungsteilnehmer zeuge davon, daß sie den Zweck der Versammlung verstanden hätten, doch leider sei bei vielen die Begeisterung nur Strohfeuer. Er sei überzeugt, daß viele von denen, die heute die Losung „Jeder zu dem Seinen“ verkündigten, am Sonntag und Feiertag zu Fremden gingen. Die Polen würden in der Arbeiterfrage mißachtet und die polnischen Kinder in der Schule gepeinigt. Wer sei daran schuld, daß die 4 Millionen Polen nicht geachtet würden? Sei der Pole zur Arbeit nicht geeignet? Im Gegenteil: der polnische Arbeiter sei gesucht, und der polnische Handwerker sei wegen seiner Fähigkeiten bekannt. Die Arbeiterfrage franke nur deshalb, weil unter den Polen keine Einigkeit herrsche und die Arbeiter nicht genügend aufgeklärt wären.

Die Schule solle die polnischen Kinder zu Deutschen machen, sie solle ihr Nationalgefühl lähmen, und sie solle auch nicht genügend für die Erweckung des religiösen Gefühls. Deshalb müßten die Polen das Nationalgefühl in ihrer Volksgemeinschaft selbst erwecken, und da ihre Busenfreunde bei den Kindern den Anfang machten, müßten auch sie bei den Kindern beginnen. Es genüge nicht, die Kinder die Religion in polnischer Sprache und sie polnisch schreiben und lesen zu lehren, sondern man müsse auch ihren nationalen Geist heben und sie mit der Vergangenheit Polens bekannt machen, damit sie lieben lernten, was den Polen heilig sei, damit sie kennen lernten, daß es ein Polen von Meer zu Meer gegeben habe. Wenn die Kinder das lernten, dann würden sie sich selber achten lernen und sich nicht schämen, wenn ihnen gesagt würde „Du dummer Pole!“ Deshalb müßte sich in jedem polnisch-katholischen Hause ein polnisches Blatt befinden. Ferner müßte sich in jedem polnischen Hause ein gutes polnisches Buch befinden. Wer sich ein solches nicht kaufen könne, bekomme ein solches in den Volksbibliotheken. Wer das nötige Geld habe, der müsse dem Volksbibliothekenverein beitreten, denn es gebe noch viel zu wenig Volksbibliotheken; nicht nur in jeder Pfarodie, sondern in jedem Dorf, auf jedem Vorwerk müßte eine Volksbibliothek sein!

Nach einigen unwesentlichen Ausführungen des Arbeiters **Zaparcha** aus Hohenjalla, erhielt das Wort der Redakteur **Sobichowski** aus Graudenz, der folgendes ausführte: Mit demselben Recht, wie den Deutschen verboten werde, bei Polen zu kaufen, könnte zu den Polen gesagt werden, gehet nicht zu den Deutschen und Juden kaufen. Es müsse mit offenem Visier gekämpft werden, wie es seinerzeit Bismarck gemacht habe. Die Auswanderung des polnischen Arbeiters nach dem Westen bekämpfend, führte Redner an der Hand eines Spezialfalles den Nachweis, daß die Polen in den jüdischen Geschäften übervorteilt würden.

Mit dem Wunsche, daß die Versammlungsteilnehmer das Gehörte denen weiter erzählten, die an der Versammlung nicht hätten teilnehmen können, und die Losung „Jeder zu dem Seinen“ in die Praxis umsetzen, erklärte der **Vorsitzende**, auf den noch von Noga ein Hoch ausgebracht wurde, um 5½ Uhr nachmittags die Versammlung für geschlossen.

Wietusch,
Königl. Polizeisekretär.

Vericht über den Verlauf der am 18. November 1908 im Groszcel'schen Saale zu Pafosch abge- haltenen öffentlichen Versammlung pol- nischer Frauen.

Posen, den 19. November 1908.

Propst **Kurzwaski** = Pafosch eröffnete die von 350–400 Frauen und etwa 30 Männern besuchte Versammlung kurz vor 3¼ Uhr mit folgender Ansprache:

Geehrte Damen! Eine ganz außergewöhnliche Sache sei die heutige Zusammenkunft, sie diene dazu, um über Angelegenheiten der Frauen zu beraten. Der bekannte Alexander Fredro habe einmal gesagt, wenn Frauen zusammenkämen, dann gebe es wohl keine Not um Redner, eher aber um Zuhörer. Heutzutage sei das anders, denn auch die Frauen verstünden es, wie Bürger aufzutreten, seien sie sich doch dessen bewußt, daß von ihnen die Lebenskraft des Volkes abhängt. Atlas gelte als der Träger der Welt; nach einem Ausspruch des bekannten Schriftstellers Sienkiewicz seien es jedoch die Frauen, die die Welt hielten, die ihren Einfluß geltend zu machen suchten.

In der letzten Zeit sei ein Gesetz in Kraft getreten, das auch den Frauen mehr Rechte einräumte als bisher, sie dürften sogar politischen Vereinen angehören und sich an der Politik betätigen. Über die heutige Versammlung hätten verschiedene Zweifel geherrscht, da habe z. B. jemand zu ihm, dem Redner, gesagt: Wie könne man den Frauen mit derartigen Dingen erst die Köpfe verdrehen; wenn die Weiber aufgeklärt sein würden, könnten sie leicht den Männern gefährlich werden. — Eine sonderbare Ansicht! Gerade das Gegenteil werde eintreten, denn für einen intelligenten Mann sei die aufgeklärte Frau ein Segen, dann erst werde sie ihm auf seinem Lebensweg eine wahre Freundin und Gehilfin.

Der heutigen Versammlung bringe er die besten Wünsche entgegen, möge die beabsichtigte Organisation zustande kommen und die Früchte zeitigen, die man von ihr erhoffe. Er, K., könne zur Sache selbst nicht viel sagen, weil ihm in dieser Beziehung zu wenig Erfahrungen zur Seite stünden. Doch es hätten sich Personen hier eingefunden, die mit der Frauenfrage genau vertraut seien, wie z. B. Frau Redakteur Teska, Frä. Jachimowicz und Kanonikus Adamski; aus deren Munde werde man heute über den Zweck der Zusammenkunft Näheres hören.

Nachdem Frau Bäckermeister **Przybylowaska** = Pafosch zur Leiterin der Versammlung gewählt und Frä. **Stranz** zur Protokollführerin ernannt worden war, erhielt

Frau **Teska** = Bromberg das Wort zu folgenden Ausführungen:

Liebe Landsmänninnen!

Es gereiche ihr zur Freude, in einer so zahlreichen besuchten Versammlung zu ihren Schwestern sprechen zu können; sie wolle ihnen heute den Weg zu ernster Arbeit weisen und sagen, was die polnische Frau der Nationalität und dem Glauben schuldig sei.

Die polnische Frau habe im nationalen Leben einen ebenso wichtigen Platz auszufüllen wie der Mann, ihr Dasein gelte vor allen Dingen dem teuren Vaterland. Sei ihre Aufgabe, die sie im Hause zu erfüllen habe, nicht auch wichtig, sei es nicht die Frau, die dem Vaterlandeshelden geboren, Söhne erzogen, die ihm zum Ruhm verholfen hätten? Im Hause baue die wahre polnische Frau ihrem Vaterland heilige Altäre,

sie strebe danach, Edles und Gutes zu vollbringen.

Nicht nur die Männer sollten in Verteidigung alles dessen, was polnisch sei auftreten, sondern auch die Frauen, insbesondere dann, wenn die Feinde daran gingen, die Herzen der Jugend dem Vaterland zu entreißen.

Früher seien die Frauen aus den politischen Vereinen ausgeschlossen gewesen, an ihren Versammlungen hätten sie sich nicht beteiligen dürfen; man habe ihnen einfach die Tür gewiesen, weil durch sie das Ansehen des Staats bedroht gewesen sei.

Nunmehr sei es anders geworden. Seit dem 16. Mai d. J. gelte für das Deutsche Reich ein neues Vereinsgesetz, das man zwar nicht sehr klug und gerecht nennen könne, denn in manchen Kreisen sei der Gebrauch der polnischen Sprache ausgeschlossen, aber doch gewähre es mancherlei Freiheiten, und diese sollten die polnischen Frauen nach Möglichkeit ausnutzen und auch am politischen Leben regen Anteil nehmen.

Die oberste Pflicht der Frau sei die Erziehung der Kinder. In der preussischen Schule sei die Jugend oft der Gefahr ausgesetzt, ihren Glauben zu verlieren, der Nationalität entfremdet zu werden. Diese Gefahr abzuwenden, sei in erster Reihe Aufgabe der Frau; ihre heiligste Pflicht sei es, die Herzen der Kleinen so zu bewahren, wie sie aus der Hand des Schöpfers hervorgegangen seien. Wo die Muttersprache bedroht sei, da müsse die Frau zu allererst einspringen. Nur das Volk lebe, das seine Sprache behalte. Insbesondere gelte es, die von den Vätern ererbte Sprache rein zu erhalten, die Kinder so zu erziehen, daß sie polnisch fühlen und denken lernten.

Damit sei aber die Aufgabe der polnischen Mutter noch lange nicht erfüllt; sie solle ihre Kleinen mit der Vergangenheit des polnischen Volkes bekannt machen, sie eingehend über die polnischen Helden belehren, ihnen sagen, wer Kosciuszko, Sobieski gewesen, was sie für das Vaterland getan; sie solle ihnen erzählen von den Männern, die nach der Teilung Polens für das Vaterland gekämpft hätten. Die Kinder müßten erfahren, wie groß und mächtig das polnische Reich einst gewesen sei, daß Polen noch lebe und weiterhin leben werde. Was solle aus den Kindern werden, wenn man sie nicht im polnischen Geist erziehe? Unter dem Einfluß der preussischen Schule würde das junge polnische Geschlecht zu Feinden seines eigenen Volkes, seines Vaterlandes erzogen.

Die Jugend müsse über das polnische Land, über seine Bewohner und deren Sitten belehrt werden. Wenn sie in nationaler Hinsicht genügend aufgeklärt sei, dann gebe man ihr die Bücher polnischer Dichter in die Hand, man halte sie an, polnische Zeitungen zu lesen.

Ein ferneres Mittel für die nationale Erziehung sei das polnische Lied. Das Herz wolle einem schiervorwehmut brechen, wenn man höre, wie die Kinder zu Hause deutsche Lieder sängen. Am häuslichen Herd, bei der Arbeit, auf dem Feld, bei den Lustbarkeiten, überall müsse das polnische Volkslied erklingen.

Nicht allein mit der Erziehung der Kinder sei es bei der Frau abgetan, ihr Wirkungskreis erstreckte sich auf ein größeres Gebiet. Die verständige Gattin werde dafür sorgen, daß im Hause eine polnische Zeitung ge-

lesen werde, daß der Mann polnischen Vereinen an-gehöre und fleißig polnische Versammlungen besuche; das alles diktiere ihr das gute, wahrhaft polnische Herz, sie wisse, daß sie insbesondere dazu berufen sei, in nationaler Hinsicht für die Gesamtheit zu arbeiten.

Kein Volk könne sein Dasein auf ideale Fundamente allein stützen, es bedürfe auch materieller Mittel. Hierbei wolle sie die Schwestern insbesondere an die Lösung „Jeder zu dem Seinen“ erinnern. Gerade die Frauen sündigten am meisten gegen die Befolgung dieses nationalen Gebots. Man solle doch endlich zu der Einsicht kommen, daß das den Fremden zugesteckte Geld dem Vaterland und der Kirche zum Nachteile gereiche.

Wenn in früheren Zeiten die Feinde in die Städte eingedrungen seien, da habe sich die Frau an die Seite des Mannes gestellt und am Kampfe teilgenommen. Heute suche der grimmige Feind dem Polentum das zu nehmen, was ihm das Heiligste sei. Der Kampfplatz der Frau sei in der heutigen Zeit der häusliche Herd; an ihm nehme sie den ersten Platz ein, sie müsse zuerst dafür sorgen, daß an der Schwelle des polnischen Hauses alle feindlichen Anstürme zurückgewiesen würden.

Wenn die polnische Frau alle ihre Pflichten gewissenhaft erfüllen werde, dann würden alle hafatistischen Bemühungen vergeblich sein. Polen werde dann sicherlich nicht verloren gehen, sondern in den Herzen des Volkes für alle Zeiten weiterleben!

In der hierauf eröffneten Diskussion erhielt Propst **Surzawski** das Wort; er führte aus:

Vieles von dem, was die Vorrednerin gesagt, sei wert, besonders unterstrichen zu werden. Es reiche nicht aus, über das dem polnischen Volke zugefügte Unrecht zu klagen, man müsse vielmehr an eine erfolgreiche Verteidigung herangehen. Wie habe das zu geschehen?

Wenn der Deutsche seine Rechte verfechte, so könne man ihm das nicht übel nehmen, er habe seine Vorteile ebenso zu wahren, wie der Pole. Es gebe aber Leute (gemeint sind die Juden), die vom Gelde der Polen lebten und die, statt dem polnischen Volk dankbar zu sein, ihre Waffen gegen es richteten. Er, Redner habe es nicht nötig, diese Leute besonders beim Namen zu nennen, denn jeder der Anwesenden wisse, wen er meine. Der Saumseligkeit des polnischen Volkes allein sei es zuzuschreiben, daß es in dieser Beziehung noch nicht besser geworden sei. Wer sein Geld diesen Leuten hintrege, der tue sich und der Gesamtheit Abbruch, hier heiße es vor allen Dingen, den nationalen Charakter zu bewahren, damit derartige Fehler nicht begangen würden. Wenn die polnische Frau ihr Geld zum Feinde trage, dann müsse er, Redner, hier öffentlich dagegen auftreten! Wenn diese Leute (die Juden) von den Polen lebten, dann hätten sie auch die Pflicht, die Interessen des polnischen Volkes zu vertreten; wenn sie das nicht täten, brauchten sie auch das polnische Geld nicht.

Redner brandmarkte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen den unter seinen Parochianen stark verbreiteten Aberglauben und wies darauf hin, daß man sich durch eine gründliche Aufklärung dieses Übels entledigen solle. Gerade die polnische Frau sei dazu berufen, hier helfend einzugreifen, ihre Aufgabe müsse es sein, dafür zu sorgen, daß jedes Kind polnisch lesen und

schreiben könne, denn nur dann werde man der erwähnten Unsitte mit Erfolg entgegentreten. In der Hand der polnischen Frau liege das Schicksal des polnischen Volkes!

Kanonikus Adamski = Posen:

Geehrte Damen!

Er freue sich über die Massen, vor einer so zahlreichen besuchten Frauenversammlung sprechen zu dürfen und bringe den Anwesenden vor allem die Grüße von 4000 organisierten Schwestern. Dem polnischen Volk werde oft der Vorwurf gemacht, es begeistere sich leicht für eine Sache, verstehe es aber nicht, mit Ausdauer an die Arbeit zu gehen. Die Zeiten hätten sich indes geändert und mit ihnen die Verhältnisse. Die fortschreitende Entwicklung der polnischen Gesamtheit habe den Beweis erbracht, daß die Zeit des Strohfeuers längst vorüber sei, und daß neben den Männern es besonders die Frauen verständen, ernste Arbeit zu verrichten. Der einzelne Mensch sei nicht in der Lage, Ersprießliches für sich zu leisten, nur mit vereinten Kräften komme man zum Ziele. Das gelte auch für die Frauen; deshalb sollten sie sich in Vereine zusammenschließen. Da fänden sie zunächst Gelegenheit zur Aufklärung, sie erführen, wie sie ihre Kinder zu erziehen, ihre Männer vor den schädlichen Wirkungen der Trunksucht bewahren sollten. Solches könne stets am besten eine gebildete Frau, denn nicht mit Tränen und Bitten lasse sich der Mann von seinen Verfehlungen zurückhalten, sondern durch die Überzeugung der intelligenten Gattin.

Wie und wo solle die polnische Frau sich Kenntnisse erwerben? Die ärmeren Klassen könnten ihre Kinder nur in die Volksschule schicken, nach dem 14. Lebensjahre müsse sich das Mädchen durch schwere Arbeit sein Brot selbst verdienen. Die weitere Fortbildung finde die Frau in Vereinen durch Vorträge und gegenseitige Belehrung. Aber auch das reiche noch nicht immer aus, denn was man heute höre, das entschwände morgen dem Gedächtnis. Ein anderes Hilfsmittel zur Fortbildung sei die Zeitung. Die Frauenorganisation liefere ihren Mitgliedern das Fachblatt *Pracownica* unentgeltlich. Ein politisches Blatt zu halten sei ebenfalls nicht schwer, denn das Abonnementgeld sei so niedrig bemessen, daß es jeder Arbeiter entbehren könne. Wenn er die Aneipe meide, erspare er so viel, daß er drei, vier und mehr Blätter zu halten imstande sei. Fleißiges Lesen bewirke Aufklärung, und diese bringe sowohl dem Einzelnen, wie der Gesamtheit nicht zu unterschätzende Vorteile, sie führe zum Wohlstand.

Vor zwei Jahren habe man mit der Organisierung der Frauen begonnen, heute gehörten dem Verbands schon über 4000 Mitglieder an, ein Zeichen dafür, daß man die Vorteile des Zusammenschlusses erkannt habe. Neben moralischen Vorteilen bringe die Vereinigung großen materiellen Nutzen, man könne durch sie bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erlangen, sie gewähre Krankenunterstützungen, zahle den Mitgliedern Geld für die Aussteuer — im letzten Jahre seien zu diesem Zweck 5400 Mark verwendet worden — und schütze die Organisierten vor der Ausbeutung durch Winkelfonjulenten, denn es würden in den verschiedenen Ortsgruppen Rechtsbureaus errichtet. Die Vorführung aller dieser Vorteile böten ihm, dem Redner, die Gewähr, daß auch die Pafoscher Frauenwelt der Gründung eines solchen Vereins erwerbstätiger Frauen sympathisch gegenüberstehen werde.

Auf die Frage des Propstes Kurzawski, ob Mitglieder des zu gründenden Frauenvereins an den vom

30. November bis 2. Dezember d. J. in Posen stattfindenden Frauenkursen schon teilnehmen dürften, erwiderte Kanonikus Adamski folgendes:

Die oben erwähnten Kurse dienten zur Belehrung der der Frauenorganisation angehörenden Mitglieder. Wenn die Ortsgruppe in Pafosch gegründet sei, hätten auch deren Mitglieder das Recht, unentgeltlich daran teilzunehmen, er lade dazu dringend ein und bitte, sich dieserhalb nach Schluß der Versammlung bei ihm zu melden. Jede Teilnehmerin werde von Posen aus eine Legitimationskarte dazu erhalten. Eine solche sei unbedingt erforderlich, da die Kurse mit Rücksicht auf den Sprachenparagraphen des neuen Vereinsgesetzes in geschlossenem Kreise stattfinden müßten.

Der Vorsitzende der Filiale des polnischen Berufsverbandes in Hohensalza, Rogatka, wies auf die Wichtigkeit des Zusammenschlusses der arbeitenden Bevölkerung hin und wünschte der neuen Frauenorganisation in Pafosch gedeihliche Entwicklung.

Nachdem Redakteur Teska-Bromberg den Rednern für ihre Mühewaltung den Dank der Versammlung ausgesprochen hatte, wurden die Verhandlungen auf $\frac{1}{4}$ Stunde vertagt. Am Vorstandstisch wurden Beitrittserklärungen zu dem neu gegründeten Verein erwerbstätiger Frauen entgegengenommen. Es sollen sich etwa 300 Personen zur Aufnahme gemeldet haben.

Kurz vor 5 Uhr wurde die ruhig verlaufene Versammlung von dem Einberufer, Propst Kurzawski, geschlossen. Um $5\frac{1}{4}$ Uhr war der bis auf den letzten Platz gefüllte Saal geräumt.

Die polnische Intelligenz war nicht vertreten.

Böhmer,
Kriminal-Kommissar.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 261 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 12. Januar 1908:

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Posen

brachten gestern in der 3. Klasse das nachstehende Ergebnis, das wir sogleich übersichtlich mit dem Ergebnis der letzten Wahl im Januar v. J. zusammenstellen.

Im I. Bezirk (Alter Markt) wurden abgegeben Stimmen:

	polnische	deutsche	sozialistische	Prozentsatz der polnisch.
gegenwärtig	561	354	8	61
i. J. 1907	593	426	—	58

Die Zahl der polnischen Stimmen hob sich im Verhältnis zu der Zahl der deutschen um 3%. Von den wahlberechtigten Polen hatten sich an der Wahlurne eingefunden 64%. Gewählt wurde Herr Theodor Krause anstelle des Herrn Czeslaw Leitgeber, der das Amt eines Stadtverordneten fernerhin nicht verwalten kann.

Im II. Bezirk (Mitterstraße, Fischerei, Wiesenstraße) wurden abgegeben Stimmen:

	polnische	deutsche	sozialistische	Prozentsatz der polnisch.
gegenwärtig	979	781	14	55
i. J. 1907	829	876	—	49

Die Zahl der polnischen Stimmen hob sich im Verhältnis zu der Zahl der deutschen um 6%. Von den Wahlberechtigten stimmten (polnischerseits) diesmal 80%, im vergangenen Jahre 83%. Von den Deutschen wählten diesmal 67%.

Gewählt wurde Herr Dr. Thaddäus Jaworski, dessen den Deutschen abgenommenes Mandat wir als Hauptplus in der diesjährigen Wahlbilanz verzeichnen.

Im III. Bezirk (Raumannstraße) wurden abgegeben Stimmen:

	polnische	deutsche	sozialistische	Prozentsatz der polnisch.
gegenwärtig	479	650	7	43
i. J. 1907	466	754	—	39

Die Zahl der polnischen Stimmen hob sich im Verhältnis zur Zahl der Deutschen um 5%. Von den wahlberechtigten Polen gestellten sich an der Wahlurne 62%, von den Deutschen 59%.

Gewählt wurde der Deutsche Fischer. Auf diesen Bezirk wird in Zukunft unsere Aufmerksamkeit hauptsächlich gerichtet sein.

Im IV. Bezirk (Wallischei) wurden abgegeben Stimmen:

	polnische	deutsche	sozialistische	Prozentsatz der polnisch.
gegenwärtig	807	615	45	57
i. J. 1907	840	660	46	56

Die Zahl der polnischen Stimmen hob sich im Verhältnis zu der Zahl der deutschen um 1%. Von den Wahlberechtigten Polen gestellten sich 52%.

Gewählt wurde Herr Professor Dr. Stanislaus Karmorski anstelle des Herrn Rajetan Ignatowicz, der ein Stadtverordnetenamt weiterhin nicht verwalten kann.

In Jersig wurden abgegeben Stimmen:

	polnische	deutsche	sozialistische	Prozentsatz der polnisch.
gegenwärtig	654	1167	58	35
i. J. 1907	700	960	—	42

Die Zahl der polnischen Stimmen ist im Verhältnis zu der Zahl der deutschen um 7% gesunken, absolut um 46 Stimmen.

Gewählt wurde der Deutsche Zeidler.

In Wilda wurden abgegeben Stimmen:

	polnische	deutsche	sozialistische	Prozentsatz der polnisch.
gegenwärtig	323	1574	64	17
i. J. 1907	378	1056	—	26

Die Zahl der polnischen Stimmen sank im Verhältnis zur Zahl der deutschen um 9%, absolut um 55 Stimmen.

Gewählt ist der Deutsche Braun.

In Lazarus wurden abgegeben Stimmen:

	polnische	deutsche	sozialistische	Prozentsatz der polnisch.
gegenwärtig	373	1055	—	26
i. J. 1907	335	797	—	30

Die Zahl der polnischen Stimmen sank im Verhältnis zu der Zahl der deutschen um 4%, obgleich sie absolut um 38 Stimmen gestiegen ist.

Gewählt ist der Deutsche Menke.

Wenn wir obige Daten mit kritischem Auge betrachten, so fällt uns vor allem auf, daß die Entwicklung der nationalen Verhältnisse in der Altstadt gegenüber den Verhältnissen in Jersig, Wilda und Lazarus eine umgekehrte Tendenz hat. Wir sehen, daß sich in der Altstadt der Prozentsatz der polnischen Stimmen überall gehoben hat, so im Wallischeibezirk um 1, im Alter-Markt-Bezirk um 3, im Raumannstraßenbezirk um 5 und im Rittersstraßenbezirk um 6%.

Dagegen sind wir in den neuen Stadtteilen Zeugen einer sehr beachtenswerten Änderung zu unsern Ungunsten, nämlich in Lazarus um 4, in Jersig um 7 und in Wilda gar um 9%.

Diese Erscheinung erklärt sich vor allem durch den Verzug vieler deutscher Beamten aus der Altstadt in die früheren Vororte, die sich von Jahr zu Jahr heben. Dazu kommt, daß sich die neu zuziehenden Beamten fast regelmäßig in Jersig und Lazarus niederlassen. Diese Stadtteile sind vom Beamtentum überflutet, von dem die Späßen auf den Dächern pfeifen, daß es zum überwiegenden Teil ein mehr als bequemes Leben führt. Aber das „schadet ja niemandem etwas“, und die „politischen Verhältnisse“ erheischen, daß in der Hauptstadt des preussischen Anteils eine möglichst zahlreiche Beamtensarmee aufgestellt wird, welche jederzeit den Regierungsfaktoren zu unmittelbaren politischen Diensten steht. In Wilda hingegen erklärt sich der riesige Zuwachs der für den deutschen Kandidaten abgegebenen Stimmen mit dem immer mehr sich steigenden systematischen Druck auf das Heer der polnischen Bahnarbeiter, die fast alle die entsprechende Steuer zahlen.

Genug, es unterliegt keinem Zweifel, daß sich in den neuen Stadtteilen Posen die nationalen Verhältnisse immer mehr zu unsern Ungunsten gestalten. Man braucht nur einen Gang durch gewisse Gegenden der früheren Vororte zu machen, um wahrzunehmen, daß kaum hier und da ein polnisches Schild zu sehen ist. In der Altstadt vollzieht sich, wie erwähnt, die Entwicklung der Verhältnisse in umgekehrter Richtung.

In Jersig, Wilda und Lazarus hat sich auch der Arbeitsmangel empfindlich fühlbar gemacht, der unsere Arbeiter- und Kleinhandwerkerkräfte in die Provinz zerstreut, teilweise sogar in entferntere Gegenden getrieben hat.

Möglich, daß in diesen Stadtteilen die Agitation auf unserer Seite versagt hat. Jedenfalls kam sie nicht annähernd der in den 4 Wahlbezirken der Altstadt entfalteten Agitation gleich. Nur in seltenen Fällen wurden am Wahltag Wähler herangeholt, da man von der unsres Erachtens ungerechtfertigten Voraussetzung ausging, eine solche Mühe verlöhne sich nicht in Wahlbezirken, wo wir absolut keine Chancen haben. Die betreffenden Bezirksvorsteher klagten auch über den Mangel an Köpfen und Händen zur Hilfe und Arbeit.

Was eine elastische, scharfsinnige Agitation vermag, das hat am besten der 2. Bezirk bewiesen, wo wir den Sieg hauptsächlich der Mühsigkeit und Arbeitsamkeit der Bezirksvorsteher, der Herren Karl Rzepecki und Witold Hedinger, sowie ihrer 70 wackeren Vertrauensmänner verdanken.

Die Herren Bezirksvorsteher haben im Verlauf der Bormahlaktion und am Wahltag selbst so manche unangenehme Erfahrung gemacht. Man hatte nicht nur mit Saumseligkeit und Bequemlichkeit überhaupt zu kämpfen, welche so viele Leute mit entsprechenden Qualifikationen taub bleiben heißen gegenüber allen Appellen zur gemeinsamen Arbeit; was noch schlimmer ist, im entscheidenden Momente versagen vielfach sogar die Vertrauensmänner selbst, indem sie ihre Wähler sich selbst überlassen.

In den Kreisen, welche die Wahl agitation leiten, beginnt immer mehr die Ansicht vorzuwalten, daß nicht die eilige Arbeit dicht vor der Wahl genügt, sondern daß man sich vielmehr an eine beständige, systematische Agitation zu machen hat, um den Boden recht durchzuackern und bis an die bisher brach liegenden Felder zu gelangen. Jetzt nach der Wahl ist es Zeit, sich an die Schaffung von Herden einer solchen unausgesetzten, systematischen Agitation zu machen, es ist Zeit, für die einzelnen Wahlbezirke Straßevereine zu gründen, welche natürlich eine breitere Aufgabe haben, aber durch ihre

nationale Agitation von Mund zu Mund unter anderm auch beizeiten den Boden für die Wahl vorbereiten werden.

Wer gelegentlich der Wahlagitation Gelegenheit hatte, sich mit unsern Verhältnissen näher vertraut zu machen, auch mit jenen Brachfeldern, der muß zugeben, daß es solcher Brachfelder mehr gibt, als es oberflächlichen Beobachtern scheint, daß noch sehr viel Arbeit vor uns liegt.

Aus Nr. 264 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 15. November 1908:

In wessen Namen?

Wir erfahren was folgt: Am Mittwoch während der Wahlen in der II. Klasse des 2. Bezirks (Raumannstraße) erschien am Nachmittag der frühere Kreisphysikus, Medizinalrat Herr Dr. Panienski, um seine Stimme abzugeben. Gleich hinter ihm näherte sich der Oberlandesgerichtsrat Herr Karl Martell, und gab der Oberlandesgerichtsrat seine Stimme ab. Dann wartete er einen Augenblick im Saal, bis ihn Herr Dr. Panienski verlassen hatte, worauf Herr Karl Martell sich wieder dem Wahlstisch näherte und sich an den Vorsitzenden, Herrn Stadtrat Schleyer, mit der diskreten Frage wandte, ob Herr Dr. Panienski etwa die Polen gewählt habe. Er erhielt natürlich von dem Vorsitzenden den Bescheid, daß dieser seinem Wunsche nicht Genüge tun könne.

Wir fragen, in wessen Namen der Oberlandesgerichtsrat mit dem historischen Namen gehandelt hat? Wir fragen, wem er die Nachricht über Herrn Dr. Panienski hat zutragen wollen — der Oberlandesgerichtsrat Herr Karl Martell? Der ganze Vorgang wirft ein charakteristisches Licht auf den preussischen politischen Sumpf.

Aus Nr. 266 des Oredownik (Posen)
vom 18. November 1908:

Aus dem Wahlkreise Meseritz-Bomst.

Wir erfahren aus maßgebender Quelle, daß das Zentralwahlkomitee beschlossen hat, bei der Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreise Meseritz-Bomst mit dem Zentrum ein Kompromiß zu schließen, wenn das Zentrum sich verpflichtet, eine entsprechende Kompensation in einem andern Wahlkreise bei der künftigen Reichstagswahl zu geben. Verhandlungen sind im Gange.

Aus Nr. 262 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 13. November 1908:

In Sachen der Wahl im Wahlkreise Bomst-Meseritz

erfahren wir, daß in der Tat die Absicht besteht, sogleich für den ersten Wahlgang ein Kompromiß zwischen Polen und Zentrum abzuschließen, da nach der Ansicht mancher unser Wahlaktoren in diesem Falle die Möglichkeit des Sieges nicht ausgeschlossen ist. Der Vorstand des Zentralwahlkomitees wird dieser Tage in dieser Sache seine Entscheidung treffen, worauf die Sache gegebenenfalls dem ganzen Zentralwahlkomitee unterbreitet werden wird. Wir werden uns des Außerns unsrer Ansicht enthalten, bis die eventuellen Kompromißbedingungen genau bestimmt sein werden.

Wir bemerken nur, daß nach der Germania im Jahre 1907 24 221 Wahlberechtigte da waren, davon etwa 13 000 Katholiken und 10 000 Wähler anderer Bekenntnisse. Von den katholischen Wählern sind zwei Drittel polnischer und ein Drittel deutscher Nationalität.

Das Geheimnis des Sieges der Konservativen beruht offenbar darin, daß etwa 1½ Tausend Deutschkatholiken den deutschprotestantischen Kandidaten unterstützt haben. Auf diese Regierungskatholiken haben die Zentrumsbehörden keinen Einfluß. Gegenwärtig arbeitet man — angeblich unter der Leitung des Abg. Erzberger — energisch an der Hebung seines Ansehens in den deutschkatholischen Kreisen. Wenn dies nur von Erfolg begleitet wäre!

Aus Nr. 260 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 11. November 1908:

Wie bekannt, finden die Ersatzwahlen im Kreise Bomst-Meseritz schon im nächsten Monat statt. In diesen Tagen werden auch die Wahllisten zur Einsicht ausgelegt werden. Die bisherigen Mandatsbesitzer und zwar die Konservativen sind, wie wir bereits geschrieben haben, eifrig daran, diese Mandate in ihren Händen zu behalten, und entfalten gegen die Polen, weil sie von dieser Seite aus die größte Gefahr für sich erblicken, mit aller Rücksichtslosigkeit ihre scharfe Agitation. Das tun sie auch mit Recht, denn bei den verfloßenen Wahlen im Januar 1907 erhielt der Kandidat der Konservativen, der verstorbene Gersdorff 11 388 Stimmen, an zweiter Stelle stand der polnische Kandidat mit 8 427 Stimmen und erst dann kam der Kandidat der Zentrumsparthei mit 1682 und der Sozialist mit 102 Stimmen. Diese Zahlen finden wir in dem „Wekruf zur Wahl“, welcher vom Herrn Karl Rzepecki aus Posen herausgegeben ist. In diesem Buche sagt Herr Rzepecki weiterhin: Dieser Bezirk war nie polnisch, man kann ihn jedoch erobern, wenn

- a) alle Polen in die Wahllisten eingetragen werden, wozu die Wahlkomitees durch besondere, zeitige Aufrufe auffordern sollten;
- b) wenn man dem Volke, das unter deutschen Herren dient, beikommen könnte;
- c) wenn die annähernd 1700 Zentrumsleute und die 100 Sozialisten, entweder bei den ersten Wahlen oder bei den engeren Wahlen mit uns ein Kompromiß schließen würden;
- d) wenn die Agitation von unserer Seite aus musterhaft betrieben werden würde.

Was geschieht jedoch? Die Wahlen stehen vor der Tür, und man sieht weder einen Aufruf, noch eine Agitation, viel weniger eine musterhafte seitens unseres Komitees. Mit Stöhnen hören wir jedoch, daß sich die Zentrumspartheiler in diesem Kreise eifrig an die Wahlarbeit machen. Ohne weiteres wird wohl jeder darauf kommen, daß sie das nicht zu unserm, sondern zum Vorteil ihres eigenen Kandidaten, den sie jedoch nur mit unserer Hilfe durchbringen können, tun. Wollen denn unsere Komitees tatsächlich unsern Kreis Bomst-Meseritz den Zentrumspartheilern überlassen und noch dazu solch einen Kreis, in dem fünfmal mehr polnische Stimmen, als von der Zentrumsparthei gezählt wurden!

Es muß wohl jeder zugeben, daß die Zentrumspartheiler solche Nachgiebigkeit bei uns nicht finden werden. Wofür denn? Vielleicht dafür, daß ihre Wähler bei den diesjährigen Wahlen in der Provinz fast auf der ganzen Linie dem Kompromiß untreu geworden sind? Was Oberschlesien anbelangt, so wurden sie für die den Polen geleistete Hilfe überreichlich entschädigt.

Man muß auch in Betracht ziehen, daß der Kreis Bomst-Meseritz zu denjenigen gehört, die das Marzforbgesetz umfaßt, nämlich, wo nur während der Wahlen polnische Versammlungen abgehalten werden dürfen. Wollen wir nicht einen Vorteil daraus ziehen und zu unserm Volk in seiner Muttersprache reden? Wollen wir untätig zuschauen, wie man unser Volk in deutscher Sprache zu gewinnen sucht, gleichviel, ob es von den Zentrumsparteilern oder den Konservativen geschieht? Daher müssen wir an unsere Wahlbehörden appellieren, daß sie sich nicht länger in geheimnisvolles Schweigen hüllen, sondern sich an die Arbeit machen und in dem Bomst-Meseritzer Kreise den Standpunkt einnehmen, der unserer Kraft entspricht. Die Verzichtleistung dieses Kreises von oben herab würde tatsächlich die Parzellierung Großpolens bedeuten, wie es zutreffend von gewisser Seite gesagt worden ist.

Aus Nr. 253 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 13. November 1908:

Die Nation der Sklaven.

Jedes Volk hat eine solche Regierung, wie es sie verdient. Diese alte Wahrheit hat wiederum schlagende Bestätigung gefunden in den soeben beendeten zweitägigen Debatten im deutschen Reichstage. Es handelte sich um einen politischen Skandal, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Die unerhörte Publikation im Daily Telegraph hat kraß dargetan, daß wir trotz verfassungsmäßiger Formen in einer Ära des versteckten Absolutismus leben, daß das Geschick Deutschlands von den persönlichen Ambitionen des Kaisers geleitet wird, daß die ganze verantwortliche Regierung nur eine elende spanische Wand der vor niemandem verantwortlichen, impulsiven, im höchsten Grade hazardartigen kaiserlichen und höfischen Politik ist.

Es hat sich erwiesen, daß der offizielle Leiter des Reichs, Fürst Bülow, auf dessen Schultern die von der Verfassung sanktionierte Verantwortlichkeit für die Gesamtheit der staatlichen Politik lastet, nichts weiter ist, als eine Gliederpuppe, als ein glatter Hofmann, der den Gipfel seiner Ambitionen nicht in der Ausführung des Willens der Nation, sondern in einem sklavischen Schmeicheln gegenüber allen, selbst den gefährlichsten Gelüsten seines Herrn, des Kaisers, erblickt. Es hat sich erwiesen, daß der ihm unterstellte Beamtenapparat im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten wohl der unfähigste in der ganzen gesitteten Welt ist, und er muß es sein, denn die ganze deutsche Diplomatie ist eine große Sinekure für degenerierte deutsche Aristokraten und für beschränkte preussische Junker. Den Zutritt zu ihr öffnet nur übermächtige, persönliche Protektion.

Es hat sich endlich erwiesen, daß alles das zusammengekommen — die persönliche Politik des Kaisers, die Sklavenhaftigkeit des Kanzlers und die absolute Unfähigkeit des Auswärtigen Amtes — der deutschen Politik eine gefährliche Richtung gibt, welche Deutschland beständigen Konflikten mit den fremden Monarchien aussetzt und endlose kostspielige Rüstungen nach sich zieht.

Was hat zu alledem der Reichskanzler gesagt? Hat er sich zu einer mutigen und energischen Tat aufgeschwungen? Hat er in einem so kritischen Moment auf der Höhe seiner Aufgabe gestanden? Nach der Erklärung des Fürsten Bülow vom Dienstag notiert das Stenogramm: „Lebhafter Beifall.“ Das charakterisiert die heutige Repräsentation des deutschen Volkes hinlänglich. Es spendeten ihm Beifall die Konservativen, deren Interessen mit dem Hof und der kaiserlichen Politik eng verknüpft sind; es spendeten ihm

Beifall die Nationalliberalen, welche sich an dem deutschen Chauvinismus und Militarismus berauschen und keine Reform wollen; es haben ihm Beifall gespendet die Freisinnigen, welche sich krampfhaft an dem erbärmlichen Schein von Gewalt und Einfluß, den ihnen der Block gewährt, festhalten.

Die Mehrheit des Reichstags war bewußt damit einverstanden, daß Fürst Bülow vor ihr Komödie spielte; sie degradierte sich freiwillig zur Rolle folgender Claqueure für einen Schauspieler, den die ganze Welt bereits ausgepiffen hat. Denn was hat Fürst Bülow gesagt? Angesichts der zermalmenden, im Daily Telegraph aufgetauchten Tatsachen verteidigte er sich mit der elenden Ausrede, daß die kaiserlichen Auslassungen ungenau, zu scharf, zu kraß wiedergegeben worden seien. Aber der Kaiser hat doch diesen Artikel vor dem Abdruck gelesen und dessen Wortlaut ausdrücklich bestätigt! Wie kann also Fürst Bülow zu behaupten wagen, daß es anders gewesen sei, wenn er dafür sogar nicht den Schatten eines Beweises anführen kann?! Schon ist auch im Daily Telegraph ein entschiedener Protest gegen die Ausführungen des Kanzlers erschienen. Die Redaktion beruft sich ausdrücklich auf das kaiserliche Imprimatur und stellt fest, daß sogar der von Bülow bestrittene Hauptpunkt, die Angelegenheit jenes für England ausgearbeiteten Feldzugsplans, sich so verhält, wie ihn das veröffentlichte Interview dargestellt hat. Aber Fürst Bülow sprach lächelnd von „militärischen Aphorismen“ und die Mehrheit glaubte es oder stellte sich zum mindesten, als ob sie es glaube.

Hundertmal schlimmer jedoch als die Verdrehung einer Sache, welche auch die geschickteste Dialektik nicht verdrehen kann, ist die Tatsache, daß Fürst Bülow für die Zukunft absolut keine Garantie dafür geboten hat, daß derartige Vorfälle nicht mehr vorkommen würden. Als die erste Entrüstung nach jener Publikation wie ein elementarer Orkan ganz Deutschland ergriff, da erhob sich ein Schrei: „Revision der Verfassung, Unmöglichmachung solcher Sachen für die Zukunft, definitiver Ausschluß jeder persönlichen Politik des Kaisers!“ Fürst Bülow gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Kaiser sich größeres Maßhalten in politischen Angelegenheiten auferlegen werde, und die Mehrheit des Reichstags gab sich mit dieser Phrase zufrieden, mit einer Phrase, die schon so oft gehört worden ist, daß sie nicht einmal den Wert eines Pfifferlings besitzt.

Die Opposition suchte die Situation zu retten. Besonders die Reden der Sozialisten Singer und Heine machten starken Eindruck. Auch die ernste und in der Form maßvolle Erklärung der polnischen Fraktion, welche auf den Kern der Sache ging und auf das „persönliche Regiment“ und auf die Nebenregierung mächtiger Cliques als auf die Hauptquelle der unglückseligen antipolnischen Politik sehr richtig hinwies, stieß sehr günstig von diesem unerfreulichen Hintergrund der zweitägigen Beratungen ab.

Das Zentrum hielt sich in Reserve, da es bestimmt nicht den Eindruck wecken wollte, daß es den gegebenen Moment für seine Parteipolitik ausnütze. Aber das Parlament als Ganzes schwang sich zu keiner Tat auf; es erwies sich als ganz machtloses Werkzeug der Regierung. Hat es doch Fürst Bülow gestern schon als überflüssig erachtet, das Wort zu nehmen, trotzdem alle von ihm weitere Aufklärungen erwarteten. Es sprach für ihn kurz der neue Vertreter des Staatssekretärs v. Schoen — Herr v. Riberlen-Wächter — der seine Person und die von ihm vertretene Behörde vollends lächerlich machte. Der letzte schwache Versuch der kleinen Gruppe „Wirtschaftliche Vereinigung“, dahingehend, daß zur Wahrung des Scheins seitens aller Parteien wenigstens eine Adresse an den Kaiser gesandt werde, lief auf nichts hinaus, und die „historischen“ Debatten

endeten — sie gingen ohne Eindruck, ohne Echo vorüber. Der Kaiser amüsierte sich während dieser Zeit vorzüglich in Donaueschingen. Was gingen ihn die Reichstagsdebatten an, da ihm doch Fürst Bülow von vornherein versichern konnte, das alles werde mit nichts enden. Und naiv wäre der, welcher meinte, die Ära des persönlichen Regiments des Kaisers sei vorüber. Der Kaiser wird weiter Telegramme absenden, Reden halten, Interviews veröffentlichen und ex cathedra Urteile abgeben über Kunst, Philosophie, Geschichte, Religion usw. Und der Grundsatz, den er selbst in das goldene Buch in München eingezeichnet hat „*Regis voluntas suprema lex*“ wird in Deutschland noch lange Zeit das höchste Gesetz sein.

Jedes Volk hat eine solche Regierung, wie es sie verdient. Die letzten Beratungen im Reichstag haben dargetan, daß die Deutschen heut noch eine Nation von Sklaven sind.

Aus Nr. 265 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 17. November 1908:

Ein charakteristischer Vorgang.

Herr Leon Plucinski aus Swadzim hatte in der vorigen Woche in einer Privatsache Termin auf dem hiesigen Landgericht. Da der Termin von 9 auf 11 Uhr verlegt wurde und der Verteidiger des Herrn Plucinski nicht im Gerichtsgebäude anwesend war, begab sich Herr Plucinski in das Anwaltszimmer, um sich dort mit dem Verteidiger telephonisch verbinden zu lassen. Im Anwaltszimmer traf er die Herren Rechtsanwälte Misch und Smoschewer an. Er näherte sich ihnen, stellte sich mit entsprechender Artigkeit vor und fragte, ob sie nichts dagegen haben würden, wenn er den Fernsprech-Apparat benütze. Die Herren Misch und Smoschewer erachteten es nicht für angezeigt, dem gewöhnlichsten Erfordernis gesellschaftlicher Artigkeit Genüge zu tun, denn sie erwiderten das Sichvorstellen des Herrn Plucinski nicht gleichfalls durch Sichvorstellen. Als nun Herr Plucinski mit seinem Verteidiger durchs Telephon polnisch zu sprechen begann, da unterbrach ihn Herr Misch, und er forderte von ihm mit erhobener Stimme, er — Plucinski — solle ihn — Misch — nicht stören.

So weit die nackte Tatsache. Die Herren Misch und Smoschewer sind Juden, welche zur Hälfte von der polnischen Volksgemeinschaft leben.

Der Wielkopolanin schildert das Vorkommnis in der gleichen Nummer wie folgt:

Deutsche Verbissenheit. Herr Plucinski war in einer gewissen Sache in einem der hiesigen Gerichte und wollte nach Swadzim telephonieren. Er verwandte dazu das Telephon im Anwaltszimmer; natürlich sprach er polnisch. Daraufhin trat der Rechtsanwalt Misch heran und äußerte sich deutsch: „Herr! hier darf nur deutsch gesprochen werden.“ Für die Wahrheit der Mitteilung bürgt man uns.

Aus Nr. 33 des Glos Wielkopolanek (Posen)
vom 15. November 1908:

Das Jahr 1831.

Das Jahr der neuen Kämpfe um die nationale Existenz
hat herausgegeben der Hoffnung schönen Ton
und des Mißtrauens Knirschen.

An dieses Jahres traurige Frucht
erinnert sich Großväterchen,
als am Jahrestag des November,
der Enkel das Schwesterchen so anredet:

Knabe:

Großväterchen ist so in Nachdenken versunken.
Gehen wir jedes von einer andern Seite herum
und husch! Großväterchen um die Knie!

Darauf erwidert ihm das Mädchen:

Großväterchen wird erschrecken, vielleicht schreien!
Das wird eine Freude sein!
Oj da, dana!

Knabe:

(verächtlich)

Er wird erschrecken, vom Stuhle fallen.
Gott! Ach, du verstehst nichts und damit basta!

Mädchen:

Bitte, warum?

Knabe:

Sie fragt noch!
Ein Soldat wird erschrecken?!

Mädchen:

Aber er ist alt . . .
er wird denken, es sei ein Gespenst.
Na kommen wir.

Knabe:

Still . . .

Mädchen:

Still . . .

Zusammen:

Hu! ha!

Großväterchen:

A! Woher ein solcher Sturmwind?

Knabe:

(mit verstellter Stimme)

Ich bin ein Russe!

Mädchen:

(gleichfalls)

Und ich ein Preuße . . . ich komme
und will Großväterchen aufspießen.

Knabe:

Großväterchen ist ein Pole, er läßt sich das nicht
gefallen!

Nicht wahr, Großväterchen?

Großväterchen:

Mit einem Alten hat man seine liebe Not, was?

Ei, Ihr Rätzchen . . .

Wenn Ihr heute in des Großvaters Seele lesen
könntet . . .

Schneit es?

Knabe:

(läuft ans Fenster)

Es ist Schneegeästöber, Großväterchen!

Mädchen:

(gleichfalls)

Und wie noch dazu!
Bitte, schau mal hin!

Großväterchen:

Wie an jenem Abend, als . . .

Und was ist für Wetter?

Ist's windig oder still?

Mädchen:

Still fällt der Schnee.

Großväterchen:
So wie damals.

Knabe:
Wann?

Großväterchen:
Kinder!

Knabe und Mädchen
(nähern sich Großväterchen)

Wie damals vor 70 und mehr Jahren.
Nach einem Vierteljahrhundert werden es 100
Jahre sein.

Kinder:
O je!

Großväterchen:
O ja! ein weiter Lebensweg trennt mich heute von
jener Zeit.
Und Ihr? Habt Ihr Euch mit Euren kindlichen
Begriffen
in Gedanken da weithin zurückversetzt?

Knabe:
Warst Du damals klein oder groß?

Großväterchen:
Wie Du, wenn auch um einen halben Kopf kleiner.

Mädchen:
Dient ein solcher je beim Militär?

Großväterchen:
Nein . . . Es war ein Novemberabend.
Sie eroberten den Palast und die Kasernen.
Sie jagten die Russen fort aus Warschau . . .
Das war der Anfang einer großen Sache . . .
Der Aufstand! Kinder, ganz Polen
erhob die über alle hervorragende Standarte,
es erhob sich zum Kampfe um seine Freiheit!
Grochow! Des polnischen Heeres Arm
bricht eine dreifach überlegene Russenzahl!
Gott! Was geschah damals bei Dobre, Stoczek . . .

Mädchen:
Geschah das etwa damals, was wir singen?
(singt).

Es dröhnen bei Stoczek die Kanonen.
Es blitzen die weißen Rabatten.
Und Dwernicki an der Spitze
führt gegen den Moskowiter zum Kampf.

Großväterchen:
Damals Kindchen, das Herz wächst bei einem solchen
Liedchen . . .

Knabe:
Und was weiter?

Großväterchen:
Wieder schlugen wir die Russen.

Knabe:
Ach, wie ist das gut, o mein Gott!

Großväterchen:
Und soeben ging es auf den Frühling zu.
Ein Ostern, wie keiner der Pole auf seinem Boden
sich nicht erinnert.
Fast gewonnen die heilige Sache,
Bald werden wir frei sein.
Der Russe zerstreut, und im Ungemach,
als wir in allen Ehren
bei Wawre und bei Wielki Dab
ihn gefangen nahmen.
Mein Vater kehrte damals krank heim,
und schwer war die Wunde.
Doch den Schmerz besänftigten nicht die Ärzte,

sondern die unerhörte Freude,
Und die Mutter weinte mehr vor Glück,
als vor Leid und Furcht . . .
Niemand fühlte, daß Verzweiflung im Gefolge war,
In Trauerflor gehüllt war der Tag des Ruhmes.
Mein Vater starb, und mit dieser Qual
vereinigten sich in kurzem andre Schmerzen.
Seit der Schlacht . . .

Knabe:
Ich weiß! Bei Ostrolenka!

Großväterchen:
(mit der Hand die Augen verdeckend)
Gerieten wir wieder in Knechtschaft.

Mädchen:
(nach einem Augenblick)
Weine nicht, Großväterchen, Du mein goldnes,
Noch ist doch nicht das Ende da.

Knabe:
Auch wir werden zur Arbeit uns gestellen.

Mädchen:
Weine nicht! Ich werde Großväterchen kosen.
Auch wir werden zur Arbeit uns einstellen.
Weine nicht, goldenes Großväterchen!

Großväterchen:
Auch Ihr werdet zur Arbeit Euch gestellen . . .
Noch ist doch nicht das Ende da!
Ihr werdet an Klugheit, Tüchtigkeit, Tugend wachsen,
Mit dieser Hoffnung will ich mir schmeicheln.
(Hinter der Szene eine Reveille des polnischen
Heeres auf der Trompete.)
Was ist das? Hört! Der Erinnerungen Macht
hat dem Alten die Gedanken verwirrt,
Ist das wahr? Spielt man? . . .

Kinder:
Man spielt.

Großväterchen:
Vielleicht rufen mich die Geister?
(Im Hintergrunde schiebt sich der Vorhang aus-
einander. Eine in der Türöffnung stehende
Kinderschar singt die „Warszawianka“ [d. i. ein
bekanntes revolutionäres Lied — der Übersetzer])
(Die erste Strophe.)

Großväterchen:
O Warszawianka! Wunderbarer Traum!
Geboren aus Tränen und Blut
in einer finsternen Novembernacht!
Welch Stärke weckt du im Greise!
Hei, Kinder! Zu mir!
(Die Kinder nähern sich und umgeben den
Großvater.)
Fort ihr Ketten!
Aufstiegen wird der weiße Adler!
Er wird mit dem Flügel das geliebte Land umfassen,
frei und voll Ruhm.
(Spricht, als erteilte er Befehle.)
Polen über alles lieben —
Den Willen von Kindheit an zu Stahl schmieden —
einen tüchtigen Körper haben —
eine kühne Seele!
In diesem Sinne segnet Euch meine alte Hand . . .
Mit der alten Losung,
der urewigen, berühmten
fordere ich Euch auf, Kinder:
Achtung, Ihr Wackeren!
(Der jüngste Nachwuchs der Wackeren singt:)
Noch ist Polen nicht verloren usw.
Wilsa Tabaczynska.

Aus Nr. 261 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 13. November 1908:

Der Boykott preussischer Waren in Galizien.

Die hier bestehende Organisation für den Boykott preussischer Waren und solcher aus dem Deutschen Reich beschloß, zwecks Entfaltung einer umfangreicheren Boykott-agitation in Lemberg eine Ausstellung preussischer Waren zu veranstalten, neben denen gleichartige einheimische Waren ausgestellt werden, im Falle des Fehlens dieser Ausstellungsgegenstände werden solche aus Österreich, Frankreich, England usw. beschafft werden.

Diese antipreußische Ausstellung soll die verschiedensten Erzeugnisse, übersichtlich geordnet, aufweisen und vom 6. bis zum 31. Dezember d. J. dauern.

In dem veröffentlichten Aufruf wandte sich das Komitee an die patriotische Allgemeinheit, namentlich an die Kreise des Handels und der Industrie, mit der Bitte, durch Erteilung von Ratsschlüssen, Fingerzeigen, durch die Überweisung von Gegenständen, die sich noch unter den preussischen Waren im Umlauf befinden, die Bestrebungen des Komitees zu unterstützen.

Am Tage der Eröffnung der Ausstellung wird eine Boykottversammlung stattfinden, in welcher der Direktor der Landbank, Dr. Milewski, der Direktor der Industrieliga, Olzjewski, und der Universitätsprofessor K. Twardowski in Sachen der polnischen und ausländischen Industrie, sowie in Sachen des Boykotts referieren werden.

Aus Nr. 257 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 8. November 1908:

Unter der Spitzmarke „Preussische Wildheit“ schreibt der Dziennik Bydgoski folgendes:

Das Hauptmerkmal der Natur der Deutschen, welche in dem heutigen Preußen wohnen, ist die wilde Rücksichtslosigkeit. Wo es sich um ihren Vorteil handelt, da gibt es kein Mittel, das sie nicht anwenden würden, und wäre es auch noch so widernünftig. Die Begriffe der Gerechtigkeit, Billigkeit, Treue, Nächstenliebe und anderer Tugenden sind für sie leere Worte ohne Inhalt und Bedeutung, wenn sie die Freiheit ihrer Bewegung hemmen. In der Nichtachtung der heiligsten und erhabensten Ideale der Menschheit sind sie Meister, die noch kein Volk übertroffen hat.

Wer die Geschichte des heutigen Preußen gründlich kennt, der kann sich nicht wundern, daß es die Preußen zu einer solchen Tüchtigkeit gebracht haben. Sie sind eine Gesamtheit, die ihre Existenz und ihre wahnsinnige Entwicklung blutigen Gewalttaten und unerhörter Rücksichtslosigkeit verdanken. Die Wiege des heutigen Preußen war die Mark Brandenburg, welche auf den Brandstätten slawischer Anwesen entstand und durch das Blut gemordeter Slawen zusammengekittet wurde. Ihren Namen verdanken sie denjenigen, die sie so ausgerottet haben, daß nicht ein Mensch von dem Geschlecht übrig geblieben ist, das ehemals das herrliche Westpreußen bewohnte.

Kann man sich angesichts dessen über die schrecklichen Unbilden wundern, welche die Preußen unserm Vaterlande zugefügt haben? Sicherlich nicht! Und doch ist es für uns gerade am schmerzlichsten, an den Verrat, an die Gewalttaten und Treulosigkeiten zu denken, die sich die ehemaligen Lehnsträger Polen gegenüber zuschulden kommen ließen. Das ist eine ganz natürliche Sache, das um so mehr, als uns die in der Geschichte der Menschheit unerhörte und fortwährende Verfolgung

stets an jene furchtbaren Schläge erinnert, die unser Vaterland zerschmettert haben. Auch das sollten wir nicht vergessen, daß gerade die Preußen hauptsächlich die Teilung Polens herbeigeführt haben.

An die widernünftigen Begebenheiten, welche sich bei dieser Gelegenheit zugetragen haben, werden wir nicht erinnern. Über sie berichtet in ausführlicher Weise der deutsche Historiker Professor Dr. K. von Rotteck aus Freiburg, der sich mit größter Abscheu und höchster Entrüstung darüber ausläßt.

Wir geben aus seiner „Allgemeinen Geschichte“ einen Abschnitt wieder, der die kulturelle Tätigkeit Friedrichs II., des Großen, welche von den Preußen so gerühmt wird, in einem gar interessanten Lichte darstellt, und die da beweist, daß das preussische System von Anfang an bis auf den heutigen Tag stets nach dem einen Ziel strebte: nach der völligen Ausrottung der Polen, denn auf seine Fahne hat es die Losung „Ausrotten!“ geschrieben.

Professor von Rotteck, also ein Deutscher, stellt die Tätigkeit des preussischen Königs nach der Besitzergreifung unserer Landesteile nach der ersten Teilung Polens so dar: „Nach ihrer Besitzergreifung wurden preussischerseits unerhörte Gewalttaten verübt, Gewalttaten, die eher eines asiatischen Eroberers und der barbarischen Zeiten würdig waren, als eines europäischen Machthabers, Gewalttaten, welchen die Nachwelt kaum Glauben schenken wird. Tausende von Familien wurden aus ihren väterlichen Heimstätten verdrängt, um sie in Pommern oder in der Mark anfassig zu machen; dem allgemeinen Elend zum Troste wurden das Getreide, das Vieh und die Pferde genommen; es wurden Steuern eingezogen, und man überflutete das Land speziell zu diesem Zweck mit schlecht geprägtem Geld; die polnischen Jünglinge wurden in die preussischen Regimenter gesteckt, die Töchter wurden eigenmächtig mit Untertanen des preussischen Königs verheiratet, und die Eltern zwang man, sie auszustatten. Infolgedessen flüchteten viele Männer, Frauen und Kinder nach den litauischen Wüsteneien und in der Richtung nach der österreichischen Grenze zu. Glücklicherweise war der, der auf dem Wege nicht beraubt wurde.“

Das ist ein kleines Bild der preussischen Kultur und der preussischen „Wohltaten“, die uns die Preußen stets einzureden suchen. Es wird uns von einem Deutschen gezeichnet, also von einem Menschen, der gegen die Preußen nicht allzusehr voreingenommen sein dürfte. Ihr erseht daraus, geehrte Leser, was die vielgerühmte preussische Kultur wert ist. Gleichzeitig könnt ihr erfahren, wie die Preußen von Anfang an systematisch daran gearbeitet haben, um uns aus unsern alten Heimstätten zu verdrängen und das polnische Volk vollständig zu verdrängen. Bis jetzt ist ihnen das trotz der brutalsten Mittel aber nicht gelungen, und so Gott will, wird es ihnen auch in Zukunft nicht gelingen. Das polnische Volk hat existiert und wird weiterhin existieren, denn solches ist der Wille Gottes; Gott gegenüber sind aber selbst die Preußen machtlos, und deshalb fürchten sie ihn!

Aus Nr. 260 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 12. November 1908:

Die Wahrhaftigkeit des Herrn Dr. Waschow.

Wie bekannt, hatte der Geheime Regierungs- und Schulrat Dr. Waschow gelegentlich der Zusammenkunft der deutschen Katholiken am 20. September in Rakel gegen die katholische Geistlichkeit schwere Vorwürfe erhoben, die jedoch bis jetzt von ihm durch Be-

weise nicht erhärtet worden sind. Wir können daher über seine Ausführungen unsere eigene Meinung haben, und ohne Zweifel wird sich diese auch schon jeder selbst gebildet haben. Wie Herr Dr. Waschow mit der Wahrheit umgeht, das werde ich noch an einem andern Beispiel zeigen und genau dartun, wie er — gelinde gesagt — mit der Wahrheit in Konflikt geraten ist.

Ich erinnere die geehrten Leser des Dziennik Bydgoski an jenes Vorkommnis vom 26. November 1905 zwischen dem Kreisschulinspektor Maigatter und dem Lehrer in Slesin. Herr Maigatter (ein ehemaliger evangelischer Pastor) hieß den Lehrer die Kinder in der Religion examinieren, und als eins von ihnen das Wort „Brot“ nicht verstand und der Lehrer es in „chleb“ übersetzte, entstand zwischen ihnen (dem Schulinspektor und Lehrer) eine kurze Auseinandersetzung, bei der die Kinder Zeugen waren, wie Herr Maigatter mit dem Fuße aufstampfte und zum Lehrer mit donnernder Stimme sagte: „Raus aus der Schule!“ Diesem Befehl kam der Lehrer nach, weil er es tun mußte.

In meiner Verteidigung vor der Strafkammer in Schneidemühl war es mir sehr darum zu tun, zu beweisen, daß Kinder, die nicht deutsch verstehen, den Religionsunterricht in dieser Sprache erhalten; ich berief mich unter andrem auch auf die obige Tatsache. Der Kreisschulinspektor Hoppe aus Wirßig aber sagte unter Eid aus, er habe über dieses Vorkommnis mit Herrn Dr. Waschow gesprochen, und dieser habe ihm erklärt, daß dies gar nicht wahr sei. Herr Hoppe sagte wörtlich:

„Ich habe darüber mit dem Herrn Geheimrat Waschow gesprochen, und er sagte mir: das sei gar nicht wahr.“

Ich wandte mich, wie bereits früher dargetan, an die Königliche Regierung mit der Bitte, sie möge Herrn Dr. Waschow veranlassen, Herrn Hoppe dahin zu informieren, daß er dies nicht gesagt haben könne. Die Regierung aber, die meinen Antrag nicht berücksichtigte, antwortete mir, daß ihr dieses Vorkommnis keinen Grund zur weiteren Veranlassung gegeben hätte. Mir war es — ich bitte genau darauf zu achten — um Herrn Dr. Waschow zu tun, damit dieser die Aussage des Herrn Hoppe berichtige, und die Königliche Regierung teilt mir mit, sie habe keinen Grund, gegen Herrn Maigatter einzuschreiten, und dieser doch, nicht aber Herr Dr. Waschow, revidierte damals die Schule und entfernte den Lehrer aus dem Schullokal.

Schließlich aber handelte es sich gegenwärtig gar nicht mehr darum. Hier stehen sich zwei ganz verschiedene Behauptungen gegenüber. Ich behauptete und behaupte, daß am 26. November 1905: 1. der Slesiner Lehrer beim Examinieren in der Religion dem Kinde das Wort „Brot“ in „chleb“ übersetzen mußte, weil es dieses Wort nicht verstand; 2. daß dieses Examen mit der Entfernung des Lehrers aus dem Schullokal durch Herrn Maigatter endete.

Herr Hoppe dagegen sagte unter dem Eid aus, Herr Dr. Waschow habe ihm erklärt, daß dies gar nicht wahr sei.

Herrn Hoppe muß man bedingungslos Glauben schenken! Er hat ja seine Aussage beeidet!!

Ich dagegen kann die Wahrheit meiner Behauptung jederzeit beweisen. Die Königliche Regierung, die mir unterm 27. Dezember 1906, Nr. 9470 T. I. antwortete:

„Der von Ihnen berührte Vorfall ist seinerzeit untersucht worden“ gibt mir selbst den Beweis in die Hand, daß jenes Vorkommnis, trotz der gegenteiligen Behauptung des Herrn Dr. Waschow: „Das sei gar nicht wahr“, sich tatsächlich zugetragen hat.

Welcher Schluß folgt hieraus?

Ich wiederhole es und sage standhaft, aber gelinde, daß Herr Dr. Waschow mit der Wahrheit in Konflikt

geraten ist. Wenn jemand ein anderes Wort dafür findet, dann ist das nicht meine Sache, ich füge nichts weiter hinzu . . .

Ich bemerke aber, daß gerade dieser Punkt der Aussage des Herrn Hoppe dazu beigetragen hat, daß ich vor der Strafkammer in Schneidemühl so hart bestraft worden bin. Wie ich im Vorhergehenden bereits sagte, berief ich mich bei meiner Verteidigung auf jenes Vorkommnis, um zu beweisen, daß selbst schon solche Kinder, die noch garnicht deutsch können, die Religion deutsch lernen müssen, doch ich bekenne offen, daß das Gericht meine Ausführungen nicht berücksichtigen konnte — denn ich habe ja als Angeklagter nicht geschworen, solches tat der Herr Kreisschulinspektor Hoppe als Sachverständiger. Und dieser konnte mit ruhigem Gewissen beschwören, welche Informationen er vom Herrn Dr. Waschow erhalten. Doch gleich am Anfang seiner Aussage erklärte er, daß er nach den bestehenden Vorschriften seine vorgesetzte Behörde habe fragen müssen, ob und inwieweit es ihm gestattet sei, in dieser Angelegenheit vor Gericht auszusagen. Ich kenne das Verhältnis der Kreisschulinspektoren, die zum größten Teil Protestanten sind, zu Herrn Dr. Waschow, der als Katholik in katholischen Angelegenheiten Dezernent ist, nicht, nehme aber an, daß in Angelegenheiten dieser Art Herr Dr. Waschow für sie alle vorgesetzte Behörde ist. Herr Hoppe hat augenscheinlich, indem er den soeben geleisteten Eid vor Augen hatte, das ausgesagt, wozu er durch seine vorgesetzte Behörde ermächtigt worden war.

Ich habe von meiner Seite aus die oben erwähnte Tatsache, die uns gegenwärtig beschäftigt, ebenfalls in meiner Berufung an das Reichsgericht in Leipzig angeführt, es ist jedoch vorauszusehen gewesen, daß ich einen Erfolg nicht erwarten konnte, denn gegen mich war die unter Eid abgegebene Erklärung des Herrn Hoppe, und in Leipzig wird nur entschieden, ob vielleicht ein Formfehler gemacht worden ist. Die unter Eid abgegebenen Erklärungen aber werden als bewiesen betrachtet.

Daß die Aussage des Herrn Hoppe, die auf die irrige Information des Herrn Dr. Waschow gestützt war, nicht ohne Bedeutung gewesen ist, darauf muß ich erwähnen, daß im Verlauf der gerichtlichen Verhandlungen der Herr Staatsanwalt den Gerichtsvorsitzenden bot, an mich eine Frage richten zu dürfen. Anfangs wollte dieser die Erlaubnis dazu nicht erteilen, als aber der Staatsanwalt den Antrag stellte, das Gericht möge in einer besonderen Sitzung darüber entscheiden, entschloß man sich bald und gab die Erlaubnis. Er fragte mich nunmehr, ob die Kinder in Slesin schon auf der untersten Stufe den Religionsunterricht in deutscher Sprache lernen müßten. Ich gab eine bejahende Antwort und gestehe, daß ich der Überzeugung war, daß diese Antwort zu meinem Vorteil ausfallen würde. Ich irrte mich jedoch, denn gerade das Gegenteil trat ein. Der Herr Staatsanwalt kam in seiner Anklage zu dem Schlusse, daß, wenn die Kinder schon auf der untersten Stufe die Religion in deutscher Sprache lernten, dieses mir auf Anordnung der Regierung geschehen sein könne. Wie der Zeuge Kreisschulinspektor Hoppe aussagte, prüft die Regierung jeden Antrag des Kreisschulinspektors um Einführung des deutschen Religionsunterrichts. Dieser Antrag wird dann dem Oberpräsidenten vorgelegt. Dieser entscheidet über den Antrag, und auf Grund seiner Entscheidung wird der deutsche Religionsunterricht eingeführt. In Slesin können die Kinder schon bei ihrem Eintritt in die Schule deutsch, so sagte unter Eid Herr Hoppe auf die Erklärung des Herrn Dr. Waschow hin aus, man kann ihnen demnach den Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilen. Meine Ausführungen, daß es in meiner Pfarochie kein Kind gebe, das bei

seinem Schuleintritt genügende Kenntnisse von der deutschen Sprache besitze, um fähig zu sein, mit irgend einem Erfolge an dem Religionsunterricht in dieser Sprache teilnehmen zu können, ebenso den Beweis, daß ein Kind, welches ein halbes Jahr zur Schule ging, noch nicht gewußt hat, was das Wort „Brot“ polnisch bedeute, hat weder der Staatsanwalt noch das Gericht berücksichtigt, und letzteres konnte sie auch tatsächlich nicht berücksichtigen, weil gegen mich die Aussage des vereidigten Zeugen, des Kreisschulinspektors Hoppe, die sich auf die Information des Herrn Dr. Waschow stützte, stand.

Noch ein Intermezzo, welches beweist, welch einen bedeutend wichtigeren Punkt der Umstand in der Angelegenheit, ob die Kinder von polnischen Eltern den Religionsunterricht in der Muttersprache oder in der deutschen Sprache erhalten sollen, ausmachte.

Der Vorsitzende des Landgerichts fragte mich, welche Verordnung der königlichen Regierung aus dem Werke des Herrn Dr. Waschow unter dem Titel „Verordnungen, betreffend das Volksschulwesen des Regierungsbezirks Bromberg“ er mir vorlesen sollte? Ich antwortete: Auf der Seite 493, vom 24. Mai 1893 I. Nr. 1912 T II, und er las mir vor:

„...Diejenigen Kinder, welche beim Eintritt in die Schule der deutschen und der polnischen Sprache mächtig sind, haben ohne Rücksicht auf ihre Nationalität am deutschen Religionsunterrichte teilzunehmen.“ So weit las er vor. Ich wartete auf die Fortsetzung, da ich sie jedoch nicht hörte und das Werk des Herrn Dr. Waschow bei mir hatte, nahm ich es in die Hand und las weiter: „Diejenigen dagegen, welche zu dem gedachten Zeitpunkt nur der polnischen Sprache mächtig sind, haben den Religionsunterricht in der polnischen Sprache zu erhalten.“

Gegen meine Ausführungen stand jedoch die unter Eid abgegebenen Erklärung des Herrn Hoppe, daß es nach Ansicht der königlichen Regierung im Bromberger und Wirßiger Kreise keine Kinder gebe, die beim Eintritt in die Schule nicht deutsch verstanden, und das, was ich von dem Herrn Maigatter behauptet habe, nämlich, daß dies nicht wahr sei, wie ihm das Herr Dr. Waschow erklärt hat. So stand ich denn vor dem Gericht als ein Lügner da, als solcher, der die Vorfälle in der Slesiner Schule sich aus dem Finger gesogen hat.

So stellt sich die Wahrhaftigkeit des Herrn Dr. Waschow dar. Hier gibt es keine andere Folgerung als die: „Entweder hat Herr Hoppe die Unwahrheit gesprochen, oder der Herr Dr. Waschow hat das dem Herrn Hoppe gegenüber getan. Herr Hoppe ist hier jedoch vollständig ausgeschlossen, da er unter Eid ausgesagt hat. Hieraus ergibt sich die zweite Folgerung, nämlich die, daß Herr Dr. Waschow Herrn Hoppe die Angelegenheit nicht so dargestellt hat, wie sie gewesen ist.“

Zum Schluß erinnere und bemerke ich, daß derselbe Herr Dr. Waschow, ohne Beweise hierfür anzugeben, in Rakel gegen die polnische Geistlichkeit jene bekannten schweren Vorwürfe erhoben hat! Vielleicht hat er nicht daran gedacht, wie schwer er die Geistlichen, die er dabei im Sinne hatte, beleidigte. Er hat sie ja insgesamt als Gotteslästerer bezeichnet, indem er ihnen gottlose Taten wie Mißbrauch der heiligen Messe und der Beichte, Aufwiegelung usw. vorgeworfen hat. Herr Dr. Waschow sollte doch wissen und fühlen, daß dies der schwerste Vorwurf ist, den man einem katholischen Geistlichen machen kann, und welch eine schwere Schuld ihn treffen würde, wenn diese Vorwürfe nicht begründet sein sollten.

Wenn Herr Dr. Waschow in seiner Rede in Rakel behauptete, daß von solchen Geistlichen, wie er sie im Sinne hatte, die deutschen Katholiken nichts erwarten

könnten, müssen wir uns fragen, was können die polnischen Katholiken von derartigen Dezerenten in katholischen Angelegenheiten erwarten?

Slesin.

Geistl. Gryglewicz.

Aus Nr. 260 des Lech (Gnesen)

vom 11. November 1908:

Brot für einen Landsmann.

In Pudewitz könnte sich ein polnischer Volksanwalt niederlassen. Der bisherige, ein Jude, namens Nathan Breschner, ist in Abrahams Schoß aufgenommen worden. Hier auf Erden erfreute er sich unter den Polen großer Liebe, viele von ihnen gaben ihm das letzte Geleit bis auf den Friedhof.

Aus Nr. 263 des Dziennik Kujawski (Schemalza)

vom 12. November 1908:

Vorträge aus der polnischen Literatur.

Auf Veranlassung des hiesigen Vereins für Unterrichtshilfe werden regelmäßig an jedem Montag Abend öffentliche Vorträge aus der polnischen Literatur gehalten werden. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß sich zu diesen Vorträgen zahlreiche Zuhörer finden werden, um sich über die Entwicklung unserer so reichen Literatur zu informieren und sich gleichzeitig davon zu überzeugen, daß unsere Literatur eine schöne Vergangenheit hat. Vortragen wird der Vorsitzende des Vereins für Unterrichtshilfe, Herr Redakteur Polzwiniski.

Aus Nr. 264 des Lech (Gnesen)

vom 15. November 1908:

Körperliche Züchtigung in der Schule.

Wir erhalten aus Schwarzenau ein von dem Arzt Dr. Robowski ausgestelltes Attest, welches auf die Art der Auffassung der körperlichen Züchtigung in der Schule durch manche Lehrer ein grelles Licht wirft. Herr Dr. R. bestätigt, daß der Knabe Krapiski auf der linken Seite des Gesäßes einen handgroßen, dunkelgrünen Fleck hat, der bei der geringsten Berührung außergewöhnlich schmerzt. Außerdem hat er auf dem linken Dickbein und auf der rechten Hälfte des Gesäßes etliche fingerdicke, dunkelgrüne Striemen von verschiedener Länge, die bei der leisesten Berührung schmerzen. Infolgedessen fühlt der Knabe solche Schmerzen, daß er nicht sitzen kann. Er kann aus diesem Grunde zur Zeit nicht in die Schule gehen.

Der so gezüchtigte Knabe ist 9 Jahre alt.

Wir enthalten uns jeglicher Bemerkungen, denn das ist eine gefährliche Sache. Den Eltern gibt man fast niemals Recht, doch wird der Lehrer immer entschuldigt, wenn gleich er mit den Kindern geradezu bestialisch umgeht.

Im obigen Falle werden sich unsere Leser selbst ein Urteil bilden über die erzieherischen Qualifikationen des Schwarzenauer Pädagogen. Wir sind nur neugierig, ob dieser Herr die Strafe unter Angabe der Zahl der ausgeteilten Hiebe genau in das „Strafbuch“ eingeschrieben hat. Wir hegen jedoch das Vertrauen zu dem Herrn Inspektor, daß er diese Sache bei der allernächsten Gelegenheit genau untersuchen wird.

Den Eltern aber raten wir, den Lehrer zu verklagen.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 176 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 12. November 1908:

Noch Herr Domherr Spors.

Was den Domherrn Spors und jene polnische Mutter anlangt, so sind wir gezwungen, darauf noch weiter einzugehen. Seinerzeit hat der Herr Domherr jener Mutter geheißen, wegen der Anmeldung zum polnischen Religionsunterricht am Allerheiligentage zu ihm zu kommen. Die Mutter, welche ahnte, daß sie nichts erreichen werde, bemühte sich darum, ihr Kind zu einem Geistlichen einer andren Parochie zum polnischen Religionsunterricht zu schicken, wozu sie aber die Erlaubnis ihres Propstes haben mußte. Sie ist also um eine solche Erlaubnis bei dem Herrn Domherrn eingekommen, der sie wiederum zum Vikar geschickt hat, und so ist die Frau einige Tage lang von Pontius zu Pilatus gewandert. Schließlich war der Allerheiligentag herangerückt, und die Mutter ging mit dem Kinde zur Anmeldung, doch was sie ahnte, ist ihr auch passiert. Der Herr Domherr redete sie wie folgt an: „Wenn ich sage, am Allerheiligentage, so hat das so viel zu bedeuten, wie niemals“. Also er hat seiner Parochianin verweigert, ihr schon 14 Jahre altes Kind zum Vorbereitungsunterricht für die hl. Sakramente anzunehmen, weil es diesen Unterricht in polnischer Sprache erteilt haben wollte.

Aus Nr. 138 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 17. November 1908:

Domherr Spors und die polnischen Blätter.

Alle polnischen Blätter befassen sich mit dem Vorgang zwischen einer polnischen Mutter und dem Domherrn Spors aus Danzig und tadeln den Domherrn Spors auf das schärfste. Aus Anlaß der Nichtannahme des Kindes zum polnischen Religionsunterricht schreibt der Gonic Wielkopolski u. a.:

„Das ist aber doch etwas zuviel! Will denn der hochwürdigste Herr Bischof Rosentreter nichts tun angesichts derartiger unerhörter Übergriffe eines ihm untergebenen Geistlichen?“

Ja, es ist wirklich schon etwas zu viel. Ist denn die hl. Kirche für den Herrn Domherrn Spors da, oder Domherr Spors für die hl. Kirche? Domherr Spors ist sowohl Seelsorger der deutschen wie der polnischen Parochianen, und er hat die heiligste Pflicht, ihre Wünsche zu erfüllen und nicht deutsche Politik in der Kirche zu treiben. Mögen sich die Vereine in Danzig dieses Vorfalles ganz energisch annehmen. Nach unserer Meinung wäre eine Sammelpetition der polnischen Parochianen von der St. Nikolaiparochie an den Herrn Bischof am Platze.

Domherr Spors hat dem Redakteur unseres Blattes erklärt, als er bei ihm in Begleitung einiger anderer Vertreter des hiesigen Polentums war, daß er mit den polnischen Parochianen in Frieden leben wolle. Wir Polen in Danzig haben ihm den Beweis geliefert, daß wir von den besten Absichten beseelt sind und den Frieden haben wollen. Wir haben dem Herrn Domherrn Spors den Beweis geliefert, daß wir nicht jene „unreinen Elemente“ sind, zu welchen uns Domherr Spors seinerzeit gestempelt hat. Wir haben ihm das, wenn auch nicht vergessen, so doch verziehen, und wir wollen mit ihm in Frieden und in gegenseitiger Liebe arbeiten, wie es guten Katholiken zusteht. Aber das kann Domherr

Spors nicht von uns fordern, daß wir diesen Frieden auf Kosten unserer nationalen Sonderheiten erkaufen sollten, und wenn Domherr Spors das von uns fordert, dann dient er — abgesehen davon, daß er entgegen den uns Polen vom Kaiser gemachten Versprechungen bei der Enthüllung des Kaiser-Friedrich-Denkmal in Posen handelt — dem Hafatismus und handelt zum Schaden des katholischen Geistes. Er handelt entgegen der Absicht des verstorbenen Bischofs Redner, den man doch der Liebe für die polnische Nationalität nicht hat beschuldigen können. Früher wurde uns vorgeworfen, daß wir nationale Streitigkeiten in die Kirche trügen. Der Herr Domherr Spors hat doch aber, solange er Propst an der St. Nikolaikirche ist, Gelegenheit gehabt, sich zu überzeugen, was für ruhige und taktvolle Schäflein wir sind, wenn uns die „deutsche Faust“ nicht gezeigt wird. Wenn er uns so ruhig und so sanftmütig sieht, dann mag ihm wohl im Geiste das Unrecht leid getan haben, das er uns durch sein häßliches Wort zugefügt hat.

Möge sich aber Herr Domherr Spors nicht wundern, wenn jetzt der Kampf beginnen wird, für den Fall, daß er die Sache mit jener polnischen Mutter nicht in Güte beilegt. Ein uns bewußterweise zugefügtes Unrecht gedenken wir nicht freiwillig zu ertragen.

Hier können und werden wir nicht schweigen, denn hier handelt es sich nicht um einen Ausnahmefall mit der betreffenden Mutter, sondern hier handelt es sich darum, aus der Parochie rücksichtslos jeden Vorbereitungsunterricht für die hl. Sakramente (in polnischer Sprache) zu verdrängen. Aber die polnischen Parochianen denken nicht daran, „Handlanger“ des Domherrn Spors zu sein — und werden es auch nicht sein.

In dieser Angelegenheit werden wir in der nächsten Nummer eine weitere Korrespondenz eines polnischen Priesters veröffentlichen.

Aus Nr. 139 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 19. November 1908:

Domherr Spors und ein weiterer polnischer Priester.

Aus der Diözese.

Die Bitte einer polnischen Mutter, ihre Tochter zur Beichte und zur heiligen Kommunion in der Muttersprache vorzubereiten, hat der Domherr Spors schroff abgewiesen. Ich behaupte dreist, daß kein polnischer Geistlicher fähig ist, sich eines solchen Unrechts gegenüber einem deutschen Kinde zuschulden kommen zu lassen. Und wenn polnischerseits etwas Ähnliches geschehe, dann würden sich Pöplin und Berlin des benachteiligten Kindes und der benachteiligten Mutter annehmen, gar nicht erst von den deutschen Blättern zu reden, die im ganzen Lande Alarm schlagen und feurige Blitze auf die Polen schleudern würden.

Wer weiß, ob nicht der Reichskanzler selbst mit den Hafatisten aus diesem Anlaß irgend einen neuen Paragraphen für die Geistlichkeit ersinnen würde. Jetzt aber, wo es sich um ein polnisches Kind handelt, herrscht überall tiefes Schweigen, und die Ursache dieses Schweigens ist, daß der größte Teil der jetzigen Deutschen ihr Volk als das auserwählte Volk betrachten, dem alles erlaubt ist, während andere Leute, besonders die Polen, G o j i m s sind, denen Unrecht zuzufügen, keine Sünde ist. Beim Anblick der Tat des Domherrn Spors haben sich die lutherischen Seelen der Pastoren Rhode, Rosenberg und Harhausen gewiß gefreut, die zur Befehrung der katholischen Polen zum Luthertum einen Evangelisationsverein gegründet haben, sowie ein polnisches Blatt unter dem Namen Przewodnik (Begleiter)

herausgegeben und Missionen mit polnischen Predigten veranstalten. Sie arbeiten auf ihre Weise an der Germanisierung und Lutheranisierung der Polen, dagegen strebt der Propst der St. Nikolaikirche mit dem deutschen Religionsunterricht, zu dem er das polnische Kind zwingt, demselben Ziele zu. Andere Leute, andere Mittel und andere Wege, aber das endgültige Ziel ist dasselbe: Germanisierung und Lutheranisierung.

Die Priester nennen wir mit Recht Diener der Kirche, sogar der Papst selbst trägt den Titel eines Dieners, des Dieners Gottes, dagegen gilt der Danziger Propst wohl aber nur in seinen eigenen Augen als Herr der Kirche, ja sogar als die Kirche selbst, wenn er dem polnischen Kind zugeredet hat, Katechismusunterricht deutsch zu nehmen, indem er ihm vorpredigte, daß nicht die Eltern, sondern die heilige Kirche (und in diesem Falle der Ehrendomherr Spors) entscheidet, in welcher Sprache das Kind für die heiligen Sakramente vorbereitet werden soll. Von einem solchen Größenwahn werden mitunter große Leute, große Würdenträger befallen, wie zum Beispiel einstmals der französische König Ludwig XIV., der gesagt hat: „L'état c'est moi!“ Es ist nur die Frage: Warum kommen unter der deutschen Geistlichkeit solche empörenden Vorfälle vor? Antwort: Für das den Polen zugesügte Unrecht gibt es Belohnungen, dagegen keine Strafen.

Geistlicher P.

Aus Nr. 137 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 14. November 1908:

Der Pielgrzym bringt folgende mit **Trauer**rand umgebene Notiz:

Der 600 jährige Gedenktag, der durch die Kreuzritter unter den Kassuben in Danzig verübten **schrecklichen Abschlachtung** fällt auf Sonnabend, den 14. d. M. Am 14. November 1308 sind die Kreuzritter in die Stadt Danzig eingedrungen und haben sie besetzt. Nach manchen Historikern sind 10 000 Danziger und Leute aus der Umgegend gefallen. Die Kreuzritter, welche Danzig erobert hatten, wollten sich sichern, und deshalb haben sie diejenigen abgeschlachtet, die ihnen Widerstand leisten könnten. Sie haben aber in ihrem Fanatismus auch Frauen und Knaben nicht gespart.

In der Kassubei singen die Kinder noch heute Lieder, worin sie klagen, daß ihre Väter in Danzig getötet worden wären. Gewöhnlich wird erzählt, daß es während des Dominikmarktes (4. August) geschehen sein soll. Es wird aber vielmehr während des St. Martinmarktes geschehen sein.

Aus Nr. 46 des Przyjaciół Działu (Kinderfreund)
Beilage zu Nr. 138 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 17. November 1908:

Kinderbriefe.

Von Bronisława R. aus Neu-Strumpf, Kreis Glogau, Niederschlesien:

„Das ist mein erster Brief, den ich an den lieben Kinderfreund schreibe. Ich bin 12 Jahre alt und lese den Kinderfreund gern. Jetzt gehe ich zum Vorbereitungsunterricht. Unser ehrwürdiger Herr Pfarrer aus Slawo kann nicht polnisch, weshalb er uns den Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt. Wir hoffen jedoch, daß er noch polnisch lernen wird.“

Jetzt muß ich dem lieben Kinderfreund auch mitteilen, daß sich hier in diesen deutschen Gegenden **im letzten Jahre sehr viele Polen niedergelassen haben.** Gebe Gott, daß sehr viele (Polen) herkämen. Ich werde Gott jeden Tag darum bitten. Ich würde mich sehr freuen, wenn mein Brief abgedruckt würde.“

Aus Nr. 138 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 17. November 1908:

Aus der **Barthauer** Parochie wird uns mitgeteilt, daß in **Katel** (Westpreußen) ein Sektierer namens Milke herumgeht und zu einer Mission einladet, die bei dem Polen Herrn W. abgehalten werden sollte. Zu dieser Versammlung sollen auch viele Polen erschienen sein, um sich diesen Missionar anzuhören, der aus dem Königreich Polen stammen soll. Na, angeblich hat er auch schön polnisch zu ihnen gepredigt. — Es ist sehr traurig, daß es in diesem Dorfe noch Polen gibt, die so unwissend sind, daß sie zu der ersten besten Versammlung einer ihnen unbekannten Sekte gehen. Wissen sie denn nicht, wo ihre Parochialkirche ist? Die Red.

Aus Nr. 77 des Mazur (Ortelsburg)
vom 15. November 1908:

Die evangelischen Polen im Posenischen.

Adelnau, den 11. November 1908.

Es ist noch gar nicht so lange her, wo noch alle polnisch gebetet haben. Heute unterrichten die Pastoren unsere Kinder nur in deutscher Sprache. Deshalb müssen wir unsere polnische Sprache um so eifriger zu Hause verteidigen. In dem in Bries herausgegebenen Gesangbuch befindet sich ein Anhang: „Katechismus von Dr. Martin Luther.“ Dieser Katechismus müßte sich in jeder Familie befinden, damit die Kinder polnisch lernen können. Fordern wir ihn in den Buchhandlungen, dann wird er von diesen sicher eingeführt werden. Das Herz blutet einem, wenn man hört, wie die Kinder der evangelisch-polnischen Eltern nicht anders grüßen können wie „Guten Morgen, Guten Tag.“

Früher war es anders. Wir sind doch Christen und glauben an Christus, wie es in dem Katechismus von Dr. Martin Luther — Seite 3 — steht, weshalb grüßen wir denn nicht: „Gelobt sei Jesus Christus.“ Wir Alten bedauern es sehr, daß unsere Kinder immer mehr von den Gebräuchen ihrer Väter abgehen. Es ist noch Zeit zur Besserung.

Ein ständiger Leser.

Aus Nr. 77 des Mazur (Ortelsburg)
vom 15. November 1908:

Masuren!

Lasset uns mit Landsleuten nur in der Muttersprache sprechen! Lassen wir uns nicht verdeutschten! Lehren wir unsere Kinder polnisch sprechen, lesen, schreiben und singen! Lasset uns polnisch beten und unsere Kinder zu polnischen Andachten führen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 265 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 14. November 1908:

An die Herren Vorsitzenden des Kreiswahlkomitees in Oberschlesien.

Das für Schlesien bestehende Provinzial-Komitee hat seine Funktionen nur bis zum Schluß des laufenden Jahres zu verrichten. Darum muß unbedingt eine Reorganisation des Provinzial-Komitees erfolgen.

Die Komitee-Mitglieder werden von den Delegierten der einzelnen Kreis-Komitees gewählt werden, die auch das Reglement beschließen werden.

Die Herren Vorsitzenden der Kreis-Komitees bitte ich daher, mir ein genaues Verzeichnis der Komiteemitglieder mit Angabe der Ämter, die sie in den einzelnen Komitees bekleiden, zu meinen Händen übersenden zu wollen.

Da die Organisation in Bälde geschehen soll, bitte ich freundlich um Beschleunigung.

Peter Hylla,

Schriftführer des Provinzial-Wahlkomitees für Schlesien.

Aus Nr. 136 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 17. November 1908:

Die Stadtverordnetenwahlen

haben im 4. Wahlbezirk (Altdorf) eine unerwartete und dabei für die katholische Sache unangenehme Wendung genommen. Bekanntlich wurde dort von katholischer Seite an Stelle des abtretenden Herrn Pollok die Kandidatur des Herrn Theophil Pardygol aufgestellt. Schon in Nr. 134 unseres Blattes vom 12. d. M. schrieben wir, daß nach dem Bericht der hiesigen Oberschlesischen Volkszeitung Herr Pardygol in einer Versammlung des Altdorfer landwirtschaftlichen Vereins erklärt haben soll, daß er ein überzeugter Zentrumsmann sei. Von vornherein bezweifelten wir die Richtigkeit dieser Erklärung, zumal Herr Pardygol Mitglied des polnischen Wahlkomitees ist, und gegenwärtig erfahren wir aus glaubwürdiger Quelle, daß Herr Pardygol eine solche Erklärung tatsächlich nicht abgegeben hat und überhaupt nicht abzugeben brauchte, weil an ihn in jener Vereinsversammlung vor 14 Tagen eine solche Frage einfach nicht gerichtet wurde. Offenbar war aber die Kandidatur des Herrn Pardygol manchen Führern des Vereins in Altdorf und der Tworkauer (?) Straße unbequem, denn was in der ersten Versammlung nicht getan wurde, das wurde wider Erwarten in der gestrigen Versammlung durchgeführt. Gestern wurde also an Herrn Pardygol die kategorische Frage gerichtet, ob er ein treuer Zentrumsmann sei. Als Herr Pardygol mit Recht verneinend antwortete, wurde von seiner Kandidatur Abstand genommen und die Kandidatur des Herrn Pollok wieder aufgestellt. Wie wir erfahren, nahm Herr Pollok die Kandidatur unter der Bedingung an, daß ihm der Verein manche Ausgaben wiedererstatte wird (!!!).

Bemerkenswert wäre noch, daß Herr Pollok, als es sich in der Stadtverordnetenversammlung um die Bewilligung einer Beihilfe für die deutsche Volksbibliothek handelte, deren Zweck wohl genügend bekannt ist, für die Beihilfe stimmte. Befragt, warum er dies getan, antwortete er, daß man in den heutigen Zeiten den Mantel auf beiden Schultern tragen müsse. Ob in Anbetracht dessen die polnischen Wähler aus Altdorf zu Herrn Pollok das volle Vertrauen haben können, daß er im Stadtparlament ihre Interessen verteidigen werde, das müssen wir schon ihrer Beurteilung über-

lassen. Auf diese Angelegenheit werden wir noch in der folgenden Nummer zurückkommen und sie ausführlich beleuchten, heute bemerken wir nur noch kurz, daß die Schuld für die heutige Sachlage nicht das Ratiborer Zentrumskomitee trifft, sondern den Altdorfer landwirtschaftlichen Verein und seine Führer.

Aus Nr. 137 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 19. November 1908:

Stadtverordnetenwahlen in Ratibor.

Wer darauf gerechnet hat, daß die Stadtverordnetenwahlen im katholischen Lager ruhig und friedlich verlaufen werden, der hat sich arg getäuscht. Alle Hoffnungen wurden durch die Taktlosigkeit und Rücksichtslosigkeit des Altdorfer landwirtschaftlichen Vereins und seiner Führer gegenüber der schon einmal aufgestellten Kandidatur des Herrn Pardygol vereitelt. Die Geschichte dieser Kandidatur ist sehr interessant und gleichzeitig auch belehrend für das polnische Wahlkomitee, das unbedingt darauf achten muß, daß es in Zukunft nicht überrascht werde, wie dies gegenwärtig geschehen ist. Mit der Kandidatur des Herrn Pardygol verhielt es sich folgendermaßen:

Um der Zentrumspartei den Sieg bei den gegenwärtigen Stadtverordnetenwahlen zu ermöglichen und ihr in dieser Weise endlich einmal zur Erlangung der Mehrheit im Stadtparlament zu verhelfen, verzichteten die Polen auf die Aufstellung besonderer Kandidaten und waren bereit, in der 2. und 3. Abteilung die Zentrums-kandidaturen unter der Bedingung zu unterstützen, daß als Kandidaten keine Personen aufgestellt werden, die durch ihre Abneigung gegen das polnische Volk bekannt sind. Das polnische Wahlkomitee, das sich auch mit den Stadtverordnetenwahlen befaßt, tat also wohl alles, was in seinen Kräften lag, daß die Wahlen richtig und friedlich verlaufen und das erwünschte Ergebnis erreichten. Unser Komitee war sogar so weit gegangen, daß es trotz der oben erwähnten berechtigten Bedingung einen weiteren Druck auf das Zentrum hinsichtlich der Kandidaturen nicht ausübte. In Altdorf wurde nun die Kandidatur des Herrn Pardygol aufgestellt, obgleich er sich, soviel uns bekannt ist, um sie überhaupt nicht bewarb. So verhielt sich die Sache am Anfang, und es wäre vielleicht alles glatt abgelaufen, wenn sich der Altdorfer landwirtschaftliche Verein, welcher unter dem Kommando von Männern steht, die zu diesem Stadtteil gar nicht gehören, nicht das Recht angemacht hätte, daß nur von ihm die Wahl des Kandidaten abhängt. Soweit es sich um die Altdorfer Bauernwirte handelt, die zu diesem Verein gehören, wird ihnen sicherlich niemand das Recht absprechen, sich um die Wahlen im eigenen Wahlbezirk zu kümmern. Wir fragen aber: Was haben mit den Wahlen in Altdorf Leute aus anderen Stadtteilen zu tun, die im eigenen Wahlbezirk ihre Sache nicht gebührend vertreten können? ... Übrigens müßten auch die Altdorfer ein wenig zurückhaltender sein und sich sagen, daß sie nicht allein über ihre Kandidaten entscheiden, wenn sich fast die Mehrheit der Wähler aus dem Arbeiterstande zusammensetzt. Sollte denn nicht auch den Arbeitern das gleiche Bestimmungsrecht zustehen, wie den Bauernwirten?

Was den Altdorfer landwirtschaftlichen Verein anbetrifft, so müssen wir noch bemerken, daß er aus dem polnisch-oberschlesischen Verein hervorgegangen ist, von Anfang an also polnisch war, sich im Laufe der Zeit aber germanisierte, so daß gegenwärtig alle Verhandlungen deutsch geführt werden, obgleich der größte Teil der Mitglieder nur sehr schwach deutsch spricht.

Vor zwei Wochen nun fand die berühmte Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins statt, in welcher die Kandidatur des Herrn Pardygol bestätigt werden sollte. Zu der Sitzung wurde Herr Pardygol eingeladen oder vielmehr gewaltsam herbeigeführt, denn es wurde zwei- oder dreimal um ihn geschickt. Der Angeklagte — Pardon, der arme Kandidat Herr Pardygol — ließ sich schließlich bestimmen und erschien vor dem hohen Gerichtshof, dessen Vorsitzender an ihn in der amtlichen, also deutschen Sprache folgende drei Fragen richtete, die wir natürlich polnisch wiedergeben: 1. Werden Sie im Falle der Wahl mit der Zentrumsparthei Hand in Hand gehen? — Die Antwort lautete: Ja! — 2. Sind Sie für oder gegen die Simultanschule? — Antwort: Gegen! — 3. Sind Sie römisch-katholischen Bekenntnisses? — Antwort: Ich war noch nie Sozialdemokrat!

Während man den beiden ersten Fragen eine gewisse Berechtigung nicht abprechen kann, so ist es wirklich schwer begreiflich, was die dritte Frage zu bedeuten hatte! Sollte in manchen Gehirnkästen eine solche Verwirrung eingetreten sein, daß sie glauben, nur die Deutschen könnten rechte Kinder der römisch-katholischen Kirche sein, die Polen aber nicht? — Darum wundern wir uns auch über Herrn Pardygol, daß er so sanft und unschuldig antwortete, denn aus einem anderen Munde hätte der hohe Gerichtshof in Altdorf eine etwas verbere Antwort vernommen. Aber darauf kommt es weniger an, die Antworten des Herrn Pardygol waren offenbar befriedigend, denn seine Kandidatur wurde bestätigt. Jeder Mensch mit gesundem Menschenverstand wird aber wohl zugeben müssen, daß in den gestellten Fragen nicht erwähnt wurde, daß Herr Pardygol erklärt hätte, er sei ein überzeugter Zentrumsmann. Denn zuzusagen, daß jemand im Falle seiner Wahl mit der Zentrumsparthei Hand in Hand gehen wird, oder zu erklären, daß er ein überzeugter Zentrumsmann ist, — das ist doch wohl ein großer Unterschied. Der ersten Frage konnte Herr Pardygol mit ruhigem Gewissen zustimmen, wie jeder andere Pole, wenn er aber die zweite Erklärung abgegeben hätte, hätte er seine Rationalität verleugnen müssen, und das kann und wird wohl niemand von einem ehrlichen Menschen verlangen.

Wie groß war aber unsere Verwunderung, als wir in Nr. 262 des Zentrumsblatts Oberschlesische Volkszeitung vom 11. d. M. einen Artikel fanden, in dem ausdrücklich gesagt wurde, Herr Pardygol habe in jener Versammlung öffentlich erklärt, daß er „ein überzeugter Zentrumsmann“ sei. — Das konnte nicht stillschweigend übergangen werden, und um eine Aufklärung zu veranlassen, brandmarkten wir diese Tatsache in unserem Blatte. — Herr Pardygol übersandte auch an das Zentrumsblatt eine Berichtigung, die folgendermaßen lautete: „Unter Berufung auf das Preßgesetz bitte ich um Veröffentlichung folgender Berichtigung in Ihrem Blatte: In der Versammlung, die in Sachen der Stadtverordnetenwahlen im 4. Wahlbezirk zu Ratibor stattgefunden hat, erklärte ich weder, daß ich ein überzeugter Zentrumsmann sei, noch auch, daß ich mich in allen Angelegenheiten der katholischen Partei anschließen werde.“ — Diese Berichtigung nahm die Oberschlesische Volkszeitung nicht auf, sondern es wurden von maßgebender Seite Schritte eingeleitet — von denen wir vorläufig noch schweigen —, um die Sache auf irgend eine Weise beizulegen und es nicht zu einem Zwiespalt kommen zu lassen. Die geführten Unterhandlungen schienen schon von einem günstigen Erfolg gekrönt zu sein, als plötzlich der Wind von einer anderen Seite zu wehen anfang, und am Sonntag trat in einer Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins der endgültige Krach ein, dessen Hauptursache — wie wir oben gesagt — die Taktlosigkeit und Rücksichtslosigkeit seitens des Vereins und seiner Führer war.

Zu der Versammlung am Sonntag wurde Herr Pardygol wieder eingeladen, und hier wurde an ihn zu unserem unermesslichen Erstaunen — natürlich wieder in deutscher Sprache — dieses Mal wirklich die bestimmte Frage gerichtet, ob er ein treuer Zentrumsmann sei. — Als dies Herr Pardygol mit Recht verneinte, weil er für ein Stadtverordnetenmandat seine Rationalität nicht verkaufen wollte, wurde die Sache kurz erledigt. Die Kandidatur des Herrn Pardygol wurde umgestoßen und die Kandidatur des Herrn Pollok wieder aufgestellt, der sie auch unter einer etwas sonderbaren Bedingung annahm, wie wir bereits in der gestrigen Nummer schrieben.

Das ist der Verlauf dieser interessanten Sache, die auf die Verhältnisse in der Vorstadt Altdorf ein grelles Licht wirft. Wir haben auch noch über diese Verhältnisse zwei interessante Korrespondenzen erhalten, die wir für die nächste Nummer aufbewahrt haben. Unsere Leser können aus obigem Artikel selbst beurteilen, auf welcher Seite die Schuld liegt, und wer zur Störung des im katholischen Lager so notwendigen Friedens beigetragen hat. Daß ein solches Ende auch das Ergebnis der Wahl der II. Abteilung in der Stadt selbst ungünstig beeinflussen kann, wo die wenigen polnischen Stimmen den Sieg für die eine oder andere Seite entscheiden können, das unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Wenn dann die Zentrumsparthei im Stadtparlament die so sehnüchlich erwünschte Mehrheit nicht erlangen wird, so wird sie dies nur dem Altdorfer landwirtschaftlichen Verein und seinen unseligen Führern zu verdanken haben.

Wie wir noch erfahren, beschloß ein Kreis von Altdorfer Wählern, die mit der Kandidatur des Herrn Pollok nicht einverstanden sind, als Gegenkandidaten Herrn Krajca, den früheren Wirt des Gasthofs „Neue Welt“, aufzustellen.

Aus Nr. 134 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 12. November 1908:

In Sachen der Zentrumsversammlung

am verflossenen Sonntag wird uns aus der Stadt geschrieben:

Der Hauptredner, der Abgeordnete Dr. Porisch, sagte zwar nicht viel Neues, aber er freute sich sehr, daß die Zentrumsparthei so wacker aus Werk gegangen sei, daß sie alle Abgeordneten durchgebracht hat. Merkwürdig sei es indes, warum der Herr Redner nicht hervorhob, wer zu diesem glänzenden Siege verholfen hat! War es nicht das polnische Volk? — Warum noch immer dieser unbestimmte Standpunkt? War doch dies die erste Zentrumsversammlung nach den Wahlen, und darum gehörte es sich doch, der Polen Erwähnung zu tun, die zu diesem Siege verholfen haben. Es fiel auch auf, daß Herr Dr. Porisch, obgleich er von den Gehaltszulagen der katholischen Geistlichen sprach, nicht erwähnte, welches Unrecht den Geistlichen in den Diözesen Gnesen-Posen und Kulm geschehen soll. Sind denn die dortigen Geistlichen nicht Diener der katholischen Kirche, gegen welche die Kirche ein neues Ausnahmengesetz schmiedet, weil ein Teil von ihnen polnischer Rationalität ist?

Aus Nr. 265 des Górnosłazak (Kattowiz)
vom 14. November 1908:

Verteidigt euch, Bürger!

Beuthen.

Das liberale Regime hat sich den Bürgern schon fühlbar gemacht. Viele Arbeiter, Invaliden usw., Wähler der III. Abteilung, erhielten eine Benachrichtigung, nach welcher ihnen die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung durch Beschluß vom 26. Oktober d. J. das Stimmrecht entzogen hat. Der Magistrat ist gesetzlich verpflichtet, dies allen denen mitzuteilen, die aus der Wählerliste gestrichen werden sollen. — Wir raten, daß die Gestrichenen ihr Recht zurückverlangen und auf dem Verwaltungswege einen Prozeß anstrengen, denn es entstehen dadurch fast gar keine Kosten. — Unser Rechtsschutzbureau wird unentgeltlich schreiben, was notwendig ist. Niemand braucht auch nur einen Pfennig zu bezahlen. — Wir bitten die geehrten Abonnenten, daß einer den andern zur Verteidigung seiner Rechte ansporne und erzähle, daß das Recht für die Stadtverordnetenwahlen sehr wichtig sei, denn es handle sich um die Steuern und verschiedenen Lasten und Schwierigkeiten in der Stadt selbst. Wer dieses Recht nicht verteidigen wird, der wird selbst schuld daran sein, wenn er sich nicht gehörig wird verteidigen können.

Aus Nr. 266 des Kurjer Śląski (Kattowiz)
vom 15. November 1908:

Anschlag auf die polnischen Vereine.

Am Mittwoch suchte der Polizist Herr Szymankiewicz die Vorstandsmitglieder der polnischen Vereine in Chorzow auf und schrieb alle Vorstandsmitglieder auf. Das Vorstandsmitglied eines Vereins teilt uns mit, daß der Polizist, als er bei ihm erschien, Zettel bei sich trug, auf denen die Mitglieder der anderen Vereine aufgeschrieben waren. Auf die Anfrage dieses Mitglieds, zu welchem Zwecke dies geschehe, erwiderte der Polizist, der Landrat habe es befohlen.

Offenbar bereiten die Preußen irgend einen Anschlag gegen unsere Vereine vor. Hat dies der Beuthener Landrat mit Befehl von oben angeordnet oder ist er dem Beispiel der Polizeibehörden in Gleiwitz gefolgt? Wahrscheinlich werden die Preußen unsere Vereine als politische ansehen wollen. Bekannt ist das Sprichwort, daß bei den Preußen alles möglich ist, nur keine unparteiische und gerechte Behandlung der Polen, denn für dieses Verbrechen droht der katechetische Katechismus den Landsleuten mit der Schließung der Pforten zur „Walhalla“. Wer weiß, ob die Polizei unsere Vereine als politische nicht deshalb wird ansehen wollen, weil in den Vorständen Männer sitzen, die als großpolnische Agitatoren verschrien oder in den Augen der Polizei allzu weiß-rot sind. Manche Polizeibehörden in Oberschlesien sehen die Leute darum als großpolnische Agitatoren an, weil sie zur Erreichung eines besseren Broterwerbs zusammen mit anderen in einen Streik getreten und infolgedessen aus der Grube oder Hütte entlassen worden sind. Nur derjenige, der sich als demütiges oder vielmehr dummes Schaf von den preussisch-katechetischen Kapitalisten scheeren läßt und der in verschiedenen talerpatriotischen ferajny zusammen mit den Beamten „hurra faterland“ schreit, — nur derjenige, sagen wir, gilt als loyaler Preuße und nicht als großpolnischer Agitator. Es gibt aber Vereine, in denen Leute, die aus oben angeführten Gründen von der Polizei als großpolnische Agitatoren angesehen werden, Ämter innehaben.

Es muß abgewartet werden, ob sich unsere Vermutungen verwirklichen werden. Wenn dem wirklich so sein sollte, würden unsere Vereine darunter zweifellos leiden, denn unter unseren Verhältnissen wären für viele politische Vereine Versammlungsräume nicht aufzutreiben. Aber die Regierung geht in ihren Erwartungen zu weit, wenn sie glaubt, durch einen solchen Anschlag den polnischen Geist das aus dem Jahrhunderte langen Schlaf erwachenden Volkes töten zu können. Selbst wenn die Vereine eine gewisse Zahl von Mitgliedern verlieren, so werden sie dennoch nicht zugrunde gehen, denn die übrig bleibenden Mitglieder werden ihre Versammlungen in Privatwohnungen und im Sommer in Gärten und an ähnlichen Orten abhalten, wo das Volk sich wird politisch schulen und verschiedenen Faktoren der Regierung und den Ministern, diesen Meistern, die es verstehen, ungeheure Millionschulden zu machen, ungehindert zusehen können. Dann wird die Regierung noch besser erfahren, was das polnische Volk von der preussischen Politik denkt. Möge die Regierung auf diesem abschüssigen Wege weitergehen, sie wird der beste polnische Agitator sein.

In jedem Falle müssen unsere Abgeordneten im Reichs- und Landtage mit den Ministern darüber ein energisches Wort reden.

Aus Nr. 264 des Górnosłazak (Kattowiz)
vom 13. November 1908:

Für Vereine.

Die Polizisten braucht man in Vereinsversammlungen nicht hineinzulassen! Nach dem neuen Vereins- und Versammlungsrecht dürfen die Polizisten nur öffentliche Versammlungen überwachen, die als solche bei der Polizei angemeldet werden. Politische und nichtpolitische Vereine und ihre Versammlungen sind von der polizeilichen Überwachung befreit. — Indes wird aus allzugroßer Furcht vor der Polizei oder aus Furcht davor, daß die Polizei auf den Arbeitgeber, auf die Gruben- oder Hüttenverwaltung ungünstig einwirken wird, der erschienene Polizist aus der Versammlung oder von der Feier eines Stiftungsfestes nicht ausgeschlossen. Daraus folgern oft die Polizeibehörden, daß die Versammlung öffentlich gewesen sei, weil gegen die polizeiliche Überwachung nicht protestiert wurde. In Anbetracht dessen wiederholen wir zur Information unserer Vereine: Nach dem Vereins- und Versammlungsrecht hat die Polizei kein Recht, die Versammlungen irgendwelcher politischer oder nichtpolitischer Vereine zu überwachen. Wenn ein Polizist erscheint, so bitte man ihn höflich, aber nicht minder entschieden, sich zu entfernen, und wenn er sich sträuben wird, so verklage man ihn wegen Hausfriedensbruchs. Man kann nicht nur, sondern man muß so handeln. — Stiftungsfeiern und Vergnügungen im geschlossenen Kreise von Mitgliedern und geladenen Gästen brauchen und sollen der Polizei nicht gemeldet werden. — Diese unsere Fingerzeige, die wir zur Information bringen, sollten die Vereinschriftführer ausschneiden und aufbewahren.

Aus Nr. 264 des Kurjer Śląski (Kattowiz)
vom 13. November 1908:

Betrifft den Verband gegenseitiger Hilfe.

Aus Zabrze.

Ich sprach mit einigen Mitgliedern des Verbands gegenseitiger Hilfe über Verbandsangelegenheiten. Alle drückten einmütig den Wunsch aus, der Verband möchte

sich mit der Berufsvereinigung verschmelzen. Wir nehmen an, daß sich dann der Verband bedeutend erweitern würde. Warum sollte man nicht einen Versuch machen, da sich der Verband jetzt nur schwach entwickelt, während sich die Vereinigung in kurzer Zeit so glänzend entwickelt hat. Zwar arbeitet die Vereinigung unter etwas anderen Verhältnissen, aber wir glauben, daß schon die bloße Verschmelzung beider Organisationen unser Organisationsleben auf regere Bahnen lenken würde. Wir glauben, eine Verschmelzung ließe sich herbeiführen, ohne unsern Verband die Selbständigkeit zu nehmen. Die hiesigen Mitglieder wünschen, der Vorstand und der Aufsichtsrat möchten diese Angelegenheit gründlich erwägen.

Aus Nr. 131 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 10. November 1908:

Aus dem Kreise Oppeln.

In diesen Tagen erhielt jeder Vorsitzende eines Vereins des „Schlesischen Bauernbundes“ die Mitteilung, daß, wenn sich die Zahl der Leser des polnischen Monatsblattes nicht vermehrt, das Erscheinen dieses Blattes eingestellt oder das Jahresabonnement von 1 Mark auf 1,50 Mark werde erhöht werden müssen. Warum denn das? Weil nicht viel mehr als 1600 Leser dieses Blatt halten. Geehrte Brüder Landwirte, das ist für unsere Gesinnung ein sehr unöbliches Zeugnis. Was ist schuld daran? Erstens herrscht große Saumseligkeit, zweitens befinden sich unter uns viele, denen diese eine Mark auf das ganze Jahr leid tut, und die dritte Ursache ist, daß viele denken, deutsch sei „sejn“; denn wenn sie ein polnisches Blatt lesen, würden sie diesem oder jenem Herrn nicht gefallen. Dann aber klagen sie in den Zeitungen, daß ihnen die Herren in den Versammlungen deutsche Reden halten. Liebe Brüder, überlegen wir es uns, solange es Zeit ist, denn es wäre eine Schande für uns, wenn dieses Monatsblatt in polnischer Sprache durch unser Verschulden sein Erscheinen einstellen sollte. Wenn wir uns daran machen werden, so könnten nicht 1600, sondern Tausende von Lesern sein. Ich wünsche nur, daß diese meine wenigen Worte nicht die Stimme eines Rufenden in der Wüste wären.

Aus Nr. 133 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 12. November 1908:

Der Korrespondent „aus dem Kreise Oppeln“

berührt in der Dienstagnummer der Gazeta bezüglich des „Schlesischen Bauernbundes“ eine sehr wichtige Angelegenheit: Die Bemerkungen des Korrespondenten sind sehr richtig, auch sein guter Wille ist loblich, indes erscheint mir die Begründung jener drei Ursachen, denen zufolge nur 1600 Mitglieder das Monatsblatt halten, nicht genügend.

1. Für die polnischen Bauernwirte bedarf es einer ordentlicheren Übersetzung des polnischen Monatsblattes; die bisherige Übersetzung ist geradezu scheußlich, was wohl die 1690 Mitglieder befähigen müssen.

2. Dieses Organ der Bauernvereine hat gar kein Abonnement (wie der Korrespondent irrtümlich schreibt), denn die Mitglieder erhalten es unentgeltlich, nur der Jahresbeitrag beträgt für die Mitglieder 1 Mark, und der Hauptvorstand in Breslau kann ohne Beschluß der Generalversammlung den Jahresbeitrag für uns Polen besonders nicht um 50 % erhöhen, schon aus dem Grunde nicht, weil wir beim Einkauf von Waren die-

selben nicht billiger bekommen, als die deutschen Bauernwirte.

3. Wenn der Hauptvorstand, was ich nicht erwarte, die Drohung, daß er die Herausgabe des Monatsblattes in polnischer Sprache einstellen werde, verwirklichen und den Jahresbeitrag ausschließlich für die Polen erhöhen sollte, so wird er in dem einen und anderen Falle 1690 Mitglieder verlieren, und die oberschlesischen Bauern werden gezwungen sein, einen besonderen Verband zu begründen. Schon vor 3 Jahren beabsichtigte man, in Groß-Strehlitz einen solchen Verband zu bilden und von Breslau abzufallen, aber es kam dazu nicht, weil versprochen wurde, etwas zu machen, womit alle zufrieden wären.

Wenn erwogen werden wird, was ich hier gesagt habe, wenn die Übersetzung des Monatsblattes besser sein wird, wenn im Verbands die versprochenen Reformen werden durchgeführt werden, worauf wir bisher leider vergeblich warten, wenn der Hauptvorstand bemüht sein wird, alle Mitglieder zu befriedigen, so wird er im Laufe der Zeit nicht 1600, sondern Tausende von Mitgliedern bekommen.

Wir Bauernwirte müssen zunächst die Einberufung einer Generalversammlung und zwar nach Oberschlesien, zum Beispiel nach Oppeln oder Randzin (nicht nach Breslau) fordern, und schon dadurch wird eine Agitation zur Werbung von Mitgliedern entfaltet werden. Außerdem muß gefordert werden, daß sich Herr Mintrop (Generalsekretär) durch Annoncierung in polnischen Blättern um einen guten Übersetzer bemühen möge, und es wird sich ein solcher zweifellos finden. Besonders aber muß man dem Bauernbund beitreten, denn eine geschlossene Schar ist ein großer Mensch, der Einfluß gewinnt. Mögen alle Bauernvereine an den Hauptvorstand in Breslau die Forderung nach einer Generalversammlung richten, um die Sache zu besprechen, und der Erfolg wird sicher sein.

Aus Nr. 266 des Górnolazak (Kattowitz)
vom 15. November 1908:

„Die Polen im Lichte ihrer Presse“.

Über dieses Thema hielt in einem katolistischen Ostmarkenverein in Niederschlesien Lehrer Rother aus Kattowitz, der bekanntlich Ausschnitte aus polnischen Zeitungen zur Verwendung für die Herren Katoliken übersezt, einen Vortrag. Wenn dieser Herr selbst dem Ostmarkenverein angehört, in ihm arbeitet und dazu noch das Bedürfnis fühlt, seine Klugheit auch an das andere Ende Schlesiens zu katolistischen Zwecken zu tragen, so kann man schon eine Vorstellung haben, wie dieser sein Vortrag war. Wie parteiisch dieser Herr die aus Artikeln polnischer Blätter herausgerissenen Sätze übersezt, so parteiisch war sein Vortrag „Über die Polen im Lichte der Presse.“ — Auch die Geistlichen haben von diesem Herrn „ordentlich“ eins abgekriegt, denn die Geistlichen sind nach Meinung dieses Herrn die großpolnischen Hauptagitatoren. Er erklärte auch die Zentrumsparthei in Schlesien, die mit den Polen ein Kompromiß geschlossen hat, mitschuldig der Bewegung und Agitation, deren Zweck die Vernichtung des preussischen Staates und die Wiederherstellung des polnischen Reiches ist. — Herr Rother sollte unbedingt einen Orden bekommen, umso mehr als er, wie es scheint, Niederschlesien vom Untergang errettete, der ihm von seiten der Polen drohte, denn — wie die Kattowitzer Zeitung schreibt — „der nördliche Teil Niederschlesiens wird von der großpolnischen Bewegung schon aufs höchste bedroht.“ Man gebe ihm also einen Orden und eine Zulage.

Nus Nr. 266 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 15. November 1908:

Nus Ruda.

Der bekannte politische Spizel, Polizist Piekonka, der sich unter falschem Namen in den polnischen Verein zu Biskupitz schlich und als „fanatischer Landsmann“ die Vereinsmitglieder überredete, verbotene Lieder zu singen, wofür er, nebenbei gesagt, auf die Anklagebank kommen mußte, schrieb, wie die Gleiwitzer Volksstimme mitteilt, in dem Berichte für die Akten des Geheimbundprozesses folgenden Satz: „Der Pfarrer aus Ruda ging mit Vigon Arm in Arm“. Wenn dies auch wahr wäre, so wäre darin weder etwas Strafbares noch für die Preußen Gefährliches, denn noch niemand sah, daß Herr Vigon mit der Keilhaue gegen die Grundpfeiler des armen Vaterlandts losgehauen habe. Die Mitteilung Piekonkas aber entspricht, wie die Volksstimme behauptet, nicht der Wahrheit. Der Pfarrer aus Ruda nahm an keinem Vergnügen teil, an dem er mit Herrn Vigon zusammengetroffen wäre, er kennt ihn überhaupt nicht und geht übrigens nicht mit irgend einem Beliebigen Arm in Arm herum. Dieser „berycht“ ist ein Beweis, wie miserabel die Beweise sein müssen, auf Grund deren der Prozeß angestrengt wurde. Es ist zugleich auch ein Beweis, daß die Polizeibehörden die katholischen Geistlichen mit einem Netz von Spizeln urgeben. Es ist daher leicht erklärlich, daß Geistliche von unbeständigem Charakter, die ihre eigene Bequemlichkeit lieben, sich in den Dienst der Regierung stellen.

Nus Nr. 264 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 13. November 1908:

Nus Kaltwasser bei Wjazd.

In unserem Dorfe soll die Militärbehörde von jetzt ab die Kontrollversammlungen abhalten. Als wir uns letzten Sonnabend nach erfolgter Kontrolle im Lokal aufhielten, hörte der vorübergehende Feldwebel, daß wir uns polnisch unterhielten. Er redete uns also sehr sanft an: Kinder, warum sprecht ihr denn polnisch? — Wir sagten ihm ausweichend, daß es uns leichter fällt, polnisch zu sprechen, weil wir deutsch nicht geläufig sprechen können. Darauf erwiderte er schroff, daß wir alle zwei Jahre beim Militär gedient hätten, wir müßten also gut deutsch verstehen, und wir wären verpflichtet, uns wenigstens diesen einen Tag deutsch zu unterhalten. — Fast alle erklärten wir ihm aber, wir seien zufrieden, daß wir jetzt immer polnisch sprechen dürfen. Und wir trennten uns, weiter polnisch sprechend, ohne darauf zu achten, ob das jemanden gefällt oder nicht.

Nus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Nus Nr. 61 der Zgoda (Wanne)
vom 12. November 1908:

Achtung, Landsleute in Baufau!

Die Stadtverordnetenwahlen nahen, am 24. November wählt die III., am 25. die II. Klasse. Das Wahlkomitee, welches hofft, in der III. Klasse einen Polen durchzubringen, nominierte zum Kandidaten den uns bekannten Herrn Jakob Maik. Wenden wir daher alle Kräfte an, damit wir doch endlich einmal einen Polen in die Gemeindevertretung bekommen. Die Zentrumsleute wollen uns in der 3. Klasse unter-

stützen, damit wir ihnen in der 2. Klasse helfen, weil wir da keine Aussicht auf einen Sieg haben. Wir nehmen ihre Stimmen gerne an, am meisten aber geht es uns um unsere eigenen Kandidaten, es darf uns nicht eine einzige Stimme fehlen. Wahlberechtigt ist jeder, der das 24. Lebensjahr vollendet hat und ein Jahr in der Gemeinde wohnt. Die Wahlen finden statt bei Herrn Serbuch, Bismarckstraße, von 9 bis 12 vorm. und von 3 bis 6 Uhr nachm. Vorwärts, Brüder, ans Werk!

Das Wahlkomitee.
St. Radojewski.

Nus Nr. 263 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 12. November 1908:

Die Bezirkskommandos im Dienste der Ansiedlungskommission.

Das Heer und die Militärbehörden sollen sich mit der Politik nicht befassen, damit innerhalb des Heeres keine Parteien entstehen.

Trotzdem teilt man uns aus verschiedenen Gegenden des Industriebezirks mit, daß während der Herbstkontrollversammlungen die Bezirkskommandeure vor oder nach dem Verlesen der Kriegsartikel den Reservisten zugeredet hätten, sich wegen Landparzellen an die Ansiedlungskommission in Posen zu wenden.

In Bochum hat der Bezirkskommandeur bei der Kontrollversammlung ebenfalls die Ansiedlung in Westpreußen und Posen empfohlen. „Die Ansiedlungskommission“ — so sagte er mit erhobener Stimme — „siedelt nicht nur Landwirte, sondern auch Arbeiter und Handwerker an. Wer dazu Lust hat, der mag sich beim Bezirkskommando melden, bei dem er weitere Informationen erhält.“

Eine solche Empfehlung im Interesse der Ansiedlungskommission hat man bei den Kontrollversammlungen noch niemals gehört.

Wir raten den Polen, sich scharenweise „nähere Informationen“ bei dem Bezirkskommando in Bochum Alleestraße, einzuholen.

Es gibt unter unseren Landsleuten viele Gefreite und tüchtige Soldaten! Diese sollen den Vorzug erhalten. Ein Versuch verlohnt sich!

Nus den Blättern des Auslandes.

Nus Nr. 248 des Kraj (Petersburg)
vom 25. Oktober (7. November) 1908:

Nus Preussisch-Schlesien.

Die Aufgaben des preussischen Landrats.

Der bisherige, in die ehrenvolle Stelle eines Chefs des kaiserlichen Zivilkabinetts in Berlin berufene Regierungs-Präsident in Frankfurt, Herr von Valentini, sprach beim Abschiedsmahl denkwürdige, äußerst treffende Worte, wie die preussischen Landräte ihre Aufgabe auffassen sollen.

Jeder Landrat mußte — so lautet die Ansicht des Herrn von Valentini — der erste und hauptsächlichste Vertrauensmann eines jeden in seinem Kreise wohnenden Einwohners sein.

Aber „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie, und grün des Lebens goldener Baum!“

In den polnischen Landesteilen findet nämlich dieser Grundsatz leider eine ganz andere Anwendung. Hier also ist dieser hohe Beamte nur ein wachsender Güter, ein Polizeiaufseher über die polnische Bevölkerung,

der ausschließlich darauf bedacht ist, auf Schritt und Tritt die natürliche Entwicklung ihrer Sonderheiten zu hemmen, namentlich aber die sogenannten großpolnischen Agitatoren zu verfolgen. Wer sich von ihnen durch eine größere Schneidigkeit auszeichnet, durch zahlreiche, parteiisch ad usum Delphini abgefaßte Berichte hervortut, der ist einer Beförderung um so sicherer. Ein einsichtsvoller Beamter, der ein größeres Gerechtigkeitsgefühl für die Bedürfnisse und das der Bevölkerung zugefügte Unrecht besitzt, wird, wenn er des Vertrauens der Regierung sich nicht würdig gezeigt, beizeiten kaltgestellt. Woher soll denn auch die polnische Bevölkerung zu ihrem Landrat das Vertrauen nehmen, wenn dieser, der polnischen Sprache gänzlich unkundig, sich mit ihr nicht verständigen kann?

Aber nicht nur infolge des sprachlichen Hindernisses, sondern auch infolge der Verschiedenheit des Religionsbekenntnisses mangelt es gänzlich an einem Einvernehmen zwischen dem Landrat und der polnischen Bevölkerung. In ganz Oberschlesien ist, trotzdem dort die Bevölkerung in vorwiegender Mehrheit katholisch ist, nur der einzige Landrat des Kreises Kosel katholisch. Eine derartige, in den polnischen Landesteilen systematisch betriebene Politik wird als Gleichberechtigung im preußischen Staate bezeichnet. Die katholische Bevölkerung, die in den preußischen Ostmarken die überwiegende Mehrheit ausmacht, ist fast vollständig der katholischen Landräte beraubt, während die evangelische Minderheit diese eifrigen Kreisbeschützer im Übermaß besitzt.

Ebenso, vielleicht noch schlimmer, verhält es sich mit den landrätlichen Beamten, weil diese von sich eingenommenen Herren, die der Unterstützung von oben stets sicher sind, nach der Art hochmütiger Satrapen noch schlimmer mit dem polnischen Volke umzuspringen sich erlauben, als ihr Vorgesetzter selbst. Durch eine derartige Behandlung der polnischen und katholischen Bevölkerung ist es zur Unmöglichkeit geworden, daß sich ein gegenseitiges Vertrauen oder auch nur ein erträgliches gegenseitiges Verhältnis herausbilden könnte. Die ihrer wichtigsten bürgerlichen Rechte beraubten polnischen Untertanen kennen unter dem preußischenzepter nur die Pflicht, Steuern zu zahlen.

Es dürfte wohl auch zweifelhaft sein, ob Herr von Valentini, der zurzeit an der Seite des Monarchen, mit dem er täglich in Berührung kommt, die vollstündigste Stellung einnimmt, seinem ehrenvollen Grundsatze treu bleiben wird und dessen Aufmerksamkeit auf das vollständig verkehrte und von grundaus falsche Verhältnis jenes hohen Amtes zu der polnischen und katholischen Bevölkerung lenken wird.

Honores mutant mores!

Aus Nr. 252 des Kraj (Petersburg)
vom 30. Oktober (12. November) 1908:

Der Kampf mit dem Deutschtum.

Fern in den Posener Landen, an der Wiege unserer Nation, wird ein ruhiger, ausdauernder, erbitterter Kampf geführt. Es handelt sich um das Leben der Nation, um ihre Existenz auf dem ureigenen Grund und Boden. Eine Handvoll Polen kämpft mit der Übermacht eines der größten Staaten, der ausgerüstet ist mit allem, was staatliche Oberhoheit und materielle Gewalt gewähren.

Eine halbe Milliarde wurde für den Ankauf polnischen Grundes und Bodens hingegeben, aus allen Gegenden wurden Zehntausende deutscher Ansiedler herbeigeschafft, unzählige Bollwerke des Deutschtums von der Ansiedlerhütte an bis zum riesigen, düsteren

königlichen Schlosse in Posen errichtet. Eine unzählige Schar rücksichtsloser Beamten und Lehrer, mit dem deutschen ABCbuch in der einen, mit dem Knüttel in der anderen Hand, drängt dem Volke und den kleinen Kindern deutschen Unterricht und deutsches Vaterunser auf; überall wo es nur möglich war, wurden deutsche Industrie und deutscher Handel eingeführt und befohlen, den polnischen zu boykottieren. Man nahm keinen Anstand, das Eigentumsrecht mit den Füßen zu treten, indem man das Enteignungsgesetz erließ, man schreckte nicht zurück vor der Verletzung der Verfassung, indem man in Versammlungen und Vereinen in der Muttersprache zu verhandeln verbot. Die Ansiedlungskommission erwarb 326 000 Hektare, teilte sie in 12 800 Parzellen und siedelte dort eine etwa hunderttausend Köpfe zählende Bevölkerung an.

Gegen diesen deutschen Ansturm vereinigte sich die polnische Bevölkerung zu einem friedlichen, legalen Kampfe. Trotz der unzähligen Herausforderungen, trotz Ansporns seitens heißblütiger Individuen ließ sie sich nicht aus dem Gleichgewicht bringen. Sie schloß sich zusammen, jedoch unter der wirtschaftlichen, kirchlichen und kulturellen Fahne; sie wies alle Versführungen zur Verschwörung und zur revolutionären Tätigkeit von sich. Und nach zwanzigjährigem Kampfe schließt die Ansiedlungskommission, die neue antipolnische Gesetze ausgearbeitet hat, ihren Bericht mit dem Bemerken, daß, „falls der deutsche Druck auf den Osten einen Augenblick aufhören sollte, die Polengefahr ernstester denn je werden würde.“

Den Haktatisten ist ja erlaubt, als Polengefahr das zu bezeichnen, was lediglich ein rechtmäßiger Kampf um die nationale Existenz auf eigenem Grund und Boden ist, aber, abgesehen von der hinterlistigen Bezeichnung, müssen wir zugeben, daß die Posener so viel Geistesstärke und Tüchtigkeit bewiesen haben und sich einer Arbeit rühmen können, wie wir sie ähnlich in der Geschichte der Nationen nicht wieder finden.

Die polnische Gesellschaft scharte sich zusammen. Landwirte, Geistlichkeit, Handwerker, Land- und Stadtvoll — alle halten zusammen, von einem Geiste beseelt. Die in den landwirtschaftlichen Vereinen ausgebildeten Bauern gehen handinhand mit dem Adel, die in Westfalen und in den Rheinlanden beschäftigten Sachsenländer bringen die ersparten Groschen in die Heimat, die Geistlichen und die Handwerker schreiten an der Spitze der Organisation. Die Bauernvereine zählen nach Hunderten, die Kreditvereine haben beinahe hunderttausend Mitglieder, die Volksbanken nehmen die kleinen Kapitalien auf und bilden aus ihnen mächtige wirtschaftliche Faktoren. Die Breschener Bank mit einem Anlagekapital von 200 000 M. hat über eine Million Depositen, die Bank in Mogilno bei 100 000 M. Anlagekapital besitzt ein und eine Viertel Million Depositen. Im Jahre 1894 betrug die Gesamtsumme der Volksbankdepositen 15 Millionen Mark, im Jahre 1902 deren bereits 49 Millionen, im Jahre 1904 70 Millionen und im Jahre 1906 107 Millionen Mark. Die Land- und Parzellierungsbanken, der Verband der Gutsbesitzer und die Parzellierungs-genossenschaft verteidigen erfolgreich den polnischen Grund und Boden, den die Ansiedlungskommission schon seit einigen Jahren nicht mehr erwerben kann. Dagegen haben sich, angesichts der unmöglichen Verhältnisse, die die preußische Eroberungspolitik im Lande geschaffen, vorwiegend deutsche Spekulant und Ausbeuter breitgemacht, die ruhigen Wirte wollen sich aus diesem Netze befreien. Im Jahre 1890 boten die Deutschen der Ansiedlungskommission kaum einige tausend Hektare an, im Jahre 1906 sogar deren 17 000. Trotz alledem geht die preußische Regierung in der einmal eingeschlagenen Richtung weiter fort und wenn sie bis an die Enteignung noch

nicht herangetreten ist, so liegt der Grund davon in der traurigen Finanzlage des Staates. Wir wollen uns nicht täuschen. Trotz der heldenhaften Anstrengungen, Opfer und Bemühungen der polnischen Gesellschaft vollführt die Übermacht das Werk der Vernichtung. Und nur irgend eine Übermacht — nicht die unsrige — könnte von Polen das Unglück abwenden.

Aus Nr. 517 der Nowa Reforma (Kraśau)
vom 7. November 1908.

Nach der Hauptversammlung des Strachvereins. — Systematische Arbeit. — Die Stadtverordnetenwahlen. — Neue Kandidaten. — Die Finanzlage der Stadt Posen. — Das Auftreten des neuen Polizei-Präsidenten. — Die Reichstagsfraktion kurz vor der Arbeit.
Posen, den 6. November 1908.

Die zweite düstere und traurige Hauptstadt Großpolens, umgeben von Fluten der Germanisierung und Protestantierung, eingekreist von der Ansiedlungs-Kommission und von diesen feindlichen Elementen gänzlich boykottiert, hatte am vergangenen Sonntag ihre gastlichen Tore dem Strachverein geöffnet. Im kleinen Saale des „katholischen Hauses“ in Gnesen, wurde die Reform der Organisation und der Tätigkeit des Strachvereins beschlossen. Die Stadt Posen, die einen Kreis für sich bildet, zählt angeblich nicht die vorgeschriebenen 60 v. H. polnischer Bevölkerung; es zählt sie aber noch der Kreis Gnesen nebst Stadt. Diese Ziffer wird sich nach zwei Jahren, gelegentlich der neuen Volkszählung, zu unseren Ungunsten ändern, denn die Ansiedlungs-Kommission verdrängt die urangehörige polnische Bevölkerung, den Arbeiter und Handwerker. Vielleicht wird dann Posen — insofern es dem statistischen Amte beliebt wird — bei der allgemeinen Zählung günstiger fortkommen, wenn die öffentlichen Versammlungen, wenigstens für die Strach, erst in zweiter Linie in Betracht kommen.

Die Hauptversammlung hat also ruhig, ohne leidenschaftliche Ausbrüche, ohne Verwünschungen und Überraschungen in Gnesen stattgefunden. Die Tagesordnung wurde erschöpft, das Projekt klar und sachlich vorgetragen und von der Versammlung, nach kurzer Besprechung „en bloc“ angenommen.

Jetzt muß eine systematische Arbeit, eine stille Organisation möglichst zahlreicher Kreisvereine der Strach, mit genau vorgeschriebener Mitgliederzahl, mit einem besonderen Vorstande und einem Delegierten zum Strachverbande in Posen, beginnen. In nächster Zeit werden die Reisen der Organisatoren nach Westpreußen, nach Schlesien und nach den äußersten Grenzen des Großherzogtums Posen, nach überall dorthin ihren Anfang nehmen, wo die Germanisierung ihre rohe Hand nach dem geistigen Erbe der Vorfahren, nach der Sprache und dem Glauben, nach den Sitten und Überlieferungen ausstreckt, wo das Gift der verderbenden Schule die jungen Herzen der Kinder ansteckt. Es handelt sich um die Erziehung von wahren großpolnischen Agitatoren, um die Beschützer des Nationalwohls, um stille, ausdauernde Kämpfer für die Idee.

Wie systematisch gearbeitet werden muß, das beweist die angestrenzte, wiewohl vorübergehende Wahlagitatio in der Stadt Posen. Vom 10. bis 12. d. M. werden Stadtverordnetenwahlen stattfinden, um ein Drittel von den 60 Stadtverordneten neu zu wählen. Im Jahre 1910 werden noch einmal Ergänzungswahlen stattfinden, worauf im Jahre 1912 das ganze Stadtverordnetenkollegium aufgelöst werden wird und die

Stadt Posen, nach Durchführung einer ganz veränderten Teilung der Wahlkreise, wieder an die Wahl von 60 Stadtverordneten herantreten wird. Hinter den Kulissen erzählt man sich, daß die Wahlordnung derart durchgeführt werden solle, daß höchstens 4 Polen in das Rathaus hineinkommen könnten. Zurzeit haben wir ihrer 7 und nach einigen Tagen werden wir vielleicht auch den 8. Sitz erobern. Der Kampf wird ein erbitterter sein, im Stillen wird er schon seit einer Woche geführt. Die Wahlbezirke, namentlich in der Altstadt, sind so vortrefflich organisiert, daß man dort jeden Wähler kennt, daß der Vertrauensmann jeden von ihnen sucht, ihm einen Wahlzettel aushändigt, ihn informiert und am Wahltage überwacht. Die Kranken und Nachlässigen werden in Droschken herbeigebracht werden und der Wahlbezirksvorsteher wird von einem besonderen Bureau aus den ganzen Wahlverlauf leiten. Wir müssen hier bemerken, daß die polnischen Beamten sich der Wahl nicht enthalten dürfen, aber sie müssen für den Deutschen stimmen, daß die Sozialdemokraten, die ursprünglich für die Polen stimmen wollten, im letzten Augenblick eigene Kandidaten aufgestellt haben. Wenn man dies alles in Erwägung zieht, ist es leicht zu begreifen, daß oft übermenschliche Anstrengungen erforderlich sind, um einen Polen durchzubringen. In der dritten Klasse, der einzigen, die wir erobern können, werden drei neue Kandidaten aufgestellt: auf der Wallischei oder der Unterstadt der pensionierte Professor Dr. Karwowski, der bekannte Historiker und Monographist, der Schöpfer der polnischen Kapelle in unserem Theater, für den Alten Markt der bekannte, tüchtige Handwerker Theodor Krause und für die Ritterstraße und die angrenzenden Straßen der Leiter des Nationalbureaus in Posen, Dr. Thaddäus Jaworski.

Wenn sie siegen, werden sie in einem sehr wichtigen Augenblick in das Stadtverordnetenkollegium eintreten. Die Finanzen der Stadt Posen befinden sich nämlich dank der unvorsichtigen Wirtschaft des jüdisch-hafatistischen Blocks in einem so beweinenswerten Zustande, daß der bisherige Zuschlag von 170 % vom Hundert der Gemeindesteuer zur Staatseinkommensteuer nicht ausreicht. Der Block will durchaus aus Posen, welches durch vorherige langjährige deutsche Wirtschaft vernachlässigt war, eine königliche Residenzstadt machen, ohne Rücksicht darauf, daß eine ruhige, regelrechte Entwicklung schneller zum Ziele führt und auch weniger kostet. Posen hat in diesem Jahre ein Darlehn von 26 Millionen Mark aufgenommen und hat jetzt, von den Zentralbehörden verlassen und ausgenutzt, daran schwer zu faulen. Als man sich nämlich in Berlin überzeugt hatte, daß sich die Juden, (d. h. die Freisinnigen!) dem Beispiele des Reichstages folgend, um jeden Preis in der Regierungsgnade sonnen wollten, forderten die Ministerien, die Lage ausnützend, immer neue Opfer, immer größere Steuern und Zugeständnisse. Die Juden erklärten sich ja sogar damit einverstanden, daß das durch die Aufhebung des Festungsrachons im Westen und im Süden frei gewordene Gelände an die Polen nicht verkauft werden dürfe. Dadurch erleidet die Stadt, als Ganzes, einen ungeheuren Schaden, denn die Juden selbst und die Deutschen wollen, wegen mangels an Spekulation, das Rahongelände nicht kaufen. Das ist nur ein kleiner Beitrag zur Charakteristik der gegenwärtigen Lage, die Posen seinem Statthalter, dem Schöpfer des Blocks, Rechtsanwalt Placzek, zu verdanken hat. Dieser ehrgeizige Mensch besitzt unbeschränkte große Fähigkeiten, er kennt die Gemeindeverhältnisse, wie kein anderer und da von fünftausend Juden in Posen sich ihrer über 20 im Stadtverordnetenkollegium befinden, mußte die Regierung mit deren Führer, solange er Widerstand leistete, rechnen. Heute, nachdem er den Titel eines Justizrats erhalten und sich auf Gnade und Ungnade

den ihn etwas verachtenden Satrapen ergeben hat, muß er ihnen folgen, wie und wohin sie wollen, wenn er seinen Einfluß und sein Ansehen nicht einbüßen will.

Als ein zweiter Statthalter, vielmehr Satrap, erwies sich der neue Polizei-Präsident, der von Oberschlesien hierher versetzte Landrat v. Henking. Um „oben“ die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, begann er seine Amtstätigkeit damit, daß er die Beseitigung aller polnischen Straßenbezeichnungen, aller öffentlichen polnischen Schilder und Reklamen anordnete. In seinem Eifer ging er sogar soweit, daß er dem Arzte Dr. Karwowski, einem Sohn des künftigen Stadtverordneten, befahl, die im Hausflur angebrachte Aufschrift, daß sich seine Poliklinik in der Ritterstraße befindet, zu beseitigen. Dies sieht aus, wie ein ausdrückliches Bestreben der Hungersünder und des Bohfotts eines polnischen Arztes und deshalb hat es die „Strafch“ unternommen, den Prozeß in dieser Angelegenheit in allen Instanzen durchzuführen. In betreff der polnischen Straßenbezeichnungen haben wir, nach Ansicht der Juristen, keine Aussicht auf Erfolg und wir werden sie deshalb austreichen müssen. Bis jetzt haben sie niemandem geschadet und niemanden, wie die amtliche Urkunde lautet, „zu einem Irrtum verleitet“, aber der neue Präsident braucht Reklame, einen Orden — und dies ist durch das Schifahren der polnischen Bevölkerung am leichtesten zu

erreichen. Die Reichstagsfraktion hat hier wieder eine günstige Gelegenheit zum Einschreiten und sei es auch nur indirekt, denn dies ist eigentlich eine Angelegenheit Preußens und nicht Deutschlands. Trotzdem geben sich die Reichstagsabgeordneten, wie ich erfahre, große Mühe, alle Übergriffe, ohne Ausnahme, zu prüfen. So ist zum Beispiel eben der Abgeordnete Pfarrer Styczynski nach Posen gekommen, um in der Drzymala'schen Angelegenheit alle Beweisstücke zu sammeln. Diesem Armsten sind zum zweiten Male vor wenigen Tagen von seinem Wagen mit Gewalt Ofen und Küche entrisen worden, dabei rückt der Frost immer näher heran Der Prozeß wegen seiner gänzlichen Herauswerfung aus dem Wagen geht seinen Weg weiter. Die Reichstagsfraktion wird auch binnen kurzem das Sprachengesetz berühren. Die Polizeibeamten, Gendarmen und andere derartige Kreaturen verwechseln stets die Bedeutung der Worte: politische und öffentliche Versammlungen, geschlossene Gesellschaft und allgemeine Versammlung und dringen mit Gewalt in die Säle, sogar in die Hochzeitsfestlichkeiten ein und vertreiben die Versammelten. Vielleicht wird jetzt v. Bülow, um die Aufmerksamkeit von der fatalen inneren Lage abzuwenden, einen neuen Kreuzzug gegen die Polen veranstalten.

